FRIEDENSZEITUNG
NR. 12 MÄRZ 2015

1 Reform des Atomsperrvertrages zweifelhaft
4 Dossier: Globales Chaos – machtlose UNO
7 Ukraine: Klassischer Fall für ein UNO-Eingreifen
8 Kritik am Vetorecht des Sicherheitsrates
12 Karte der UN-Friedensoperationen 2014/2015
14 Das Schweizer OSZE-Krisenmanagement 2014
18 Die Waffenexportstatistik 2014
20 100 Jahre Pazifistinnen der WILPF

Überprüfungskonferenz im Mai droht am mangelnden Abrüstungswillen zu scheitern

Vorschläge zur Reform des Atomsperrvertrages bislang chancenlos

Die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im kommenden Mai in New York droht am mangelnden Abrüstungswillen der fünf offiziellen Atommächte und wegen der Konflikteskalation im Nahen Osten zu scheitern.

/ Andreas Zumach /

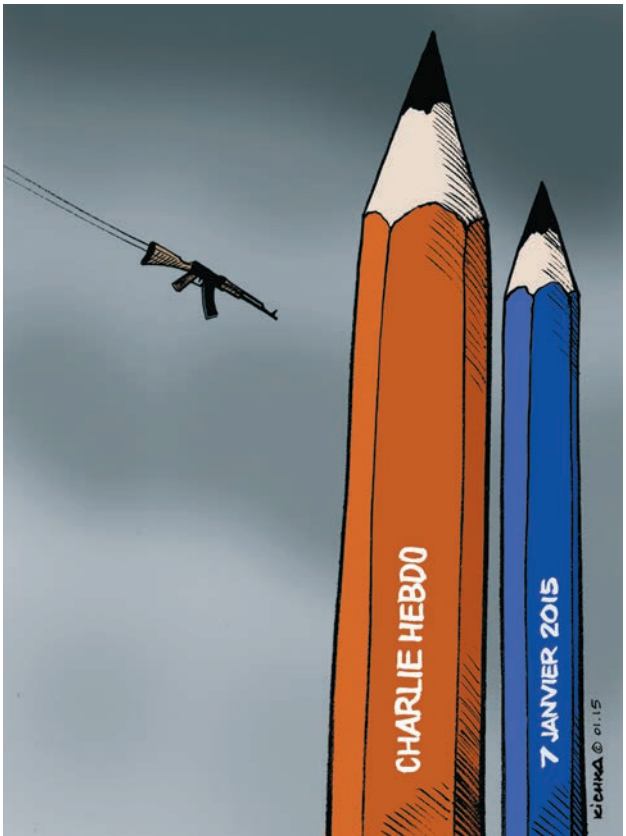
Internationale Verträge zwischen Staaten sind immer Kompromisse und politische Gegengeschäfte. Das gilt in besonderem Masse für den zwischen 1963 und 1968 ausgehandelten «Vertrag über die Nichtweiterverbreitung» atomarer Waffen (Non Proliferation Treaty, NPT). Denn der im März 1970 in Kraft getretene NPT ist das einzige seit Gründung der UNO 1945 vereinbarte völkerrechtliche Abkommen, bei dem die Rechte und Verpflichtungen seiner Unterzeichnerstaaten ausdücklich unterschiedlich geregelt sind. Das Privileg eines ständigen und mit Vetorecht ausgestatteten Sitzes im UNO-Sicherheitsrat, das sich die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges USA, Sowjetunion (seit 1991 Russland), Frankreich und Grossbritannien in der UNO-Gründungscharta sicherten und dann auch China als dem grössten Land der 'Dritten Welt' zugestanden, wurden mit dem NPT noch erweitert.

Seit Inkrafttreten des NPT gelten die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates (P-5 für 'Permanent Members') auch als die 'offiziellen' Atomwaffenmächte. Denn nur diese fünf Staaten hatten bereits vor dem auf ihr Drängen im NPT festgelegten Ausschlussdatum 1. Januar 1967 Atomsprengköpfe entwickelt und gezündet. Allerdings verpflichteten sich die fünf Atomwaffenmächte im NPT, «in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen […] über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle» (Artikel VI).

Nur auf Grund dieser Zusicherung der P-5 verzichteten die inzwischen 185 anderen Unterzeichnerstaaten des NPT darauf, Atomwaffen herzustellen oder von anderen Staaten zu erwerben (Art. II). Wesentliche Voraussetzung für diesen Verzicht auf Atomwaffen war für viele Unterzeichnerstaaten aus der damals so bezeichneten 'Dritten Welt' auch die NPT-Bestimmung, mit der das «unveräusserliche Recht aller Vertragsparteien» garantiert wird, «unter Wahrung der Gleichbehandlung […] die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln» (Art IV).

Die fünf 'offiziellen' Atomwaffenmächte galten zunächst auch als die einzig 'legitimen'. Seit den 70er- und 80er-Jahren sind die beiden verfeindeten asiatischen Regionalmächte In-

Fortsetzung Seite 2



Im Gedenken: Er war mit den am 7. Januar 2015 in Paris ermordeten Zeichnern von 'Charlie Hebdo' befreundet, der Illustrator, Cartoonist und Professor an der École des beaux-arts de Bezalel in Jerusalem, Michel Kichka, von dem wir hie und da eine aktuelle Zeichnung von der französischen Website Cartooning for Peace / Dessins pour la paix verwenden – und glücklicherweise an diesem Tag nicht zu Besuch bei seinen Freunden.

Fortsetzung von Seite 1

dien und Pakistan ebenfalls in den Besitz von Atomwaffen gekommen. Die achte Nuklearmacht ist Israel.

Ohne den Atomsperrvertrag gäbe es heute 20 – 30 Atomwaffenmächte

Nach der jüngsten Statistik des SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute, Juni 2014), des weltweit angesehensten Rüstungsforschungsinstituts, verfügt Israel über 80 Atomsprengköpfe (Indien 90-110, Pakistan 100-120, China 250, Frankreich 300, Grossbritannien 224, USA 7300, Russland 8000). Als neunter mutmasslicher Atomwaffenstaat kommt Nordkorea hinzu, das seit seinem Austritt aus dem NPT im Jahr 2003 mehrere nukleare Sprengtests durchgeführt hat und nach Einschätzung von SIPRI inzwischen über bis zu acht atomare Sprengköpfe verfügt.

Doch trotz des Austritts Nordkoreas, trotz aller bewiesenen oder mutmasslichen Vertragsverstösse seit Inkrafttreten des NPT vor 44 Jahren und trotz der Erweiterung des urprünglichen Clubs der Atomwaffenmächte von fünf auf acht bis neun Mitglieder: Ohne den NPT gäbe es heute zwanzig bis 30 Atomwaffenmächte. Darüber sind sich die Rüstungskontrollexperten in Nord und Süd weitgehend einig.

Die fünf 'offiziellen' Atomwaffenmächte weigern sich abzurüsten

Die grösste Gefahr droht dem urspünglich nur für eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossenen Abkommen, weil die fünf 'offiziellen' Atomwaffenmächte bis heute ihre vertragliche Verpflichtung verweigern, «Verhandlungen zu führen […] über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle» (Artikel VI). Nur mit dem Versprechen, diese Verhandlungen endlich aufzunehmen, konnten die P-5 auf der NPT-Überprüfungskonferenz 1995 die Verlängerung des Abkommen auf unbefristete Zeit durchsetzen.

Im Jahr 2000 verabschiedete die Überprüfungskonferenz einen gemeinsamen Antrag von Brasilien, Ägypten, Irland, Mexiko, Neuseeland und Südafrika mit 13 Schritten zur vollständigen atomaren Abrüstung. Weil die USA in der Folge jedoch konkrete Massnahmen zur Umsetzung dieser 13 Schritte blockierten, scheiterte die Überprüfungskonferenz 2005 und ging erstmals in der Geschichte des NPT ohne gemeinsames Abschlussdokument zu Ende.

'Modernisierung' statt Abrüstung

Kurz vor der letzten Überprüfungskonferenz im Mai 2010 einigten sich die USA und Russland im Strategic Arms Reduction Treaty (START-Vertrag) darauf, ihre Bestände an strategischen Atomsprengköpfen und Trägersystemen (Raketen, Kampfflugzeuge und U-Boote) zu verkleinern. Seitdem haben Washington und Moskau ihre Arsenale an einsatzbereiten Atomsprengköpfen zwar um jeweils rund 300 reduziert. Zugleich aber betreiben die USA und Russland ein umfangreiches und kostspieliges Programm zur 'Modernisierung' ihrer Atomwaffen mit dem Ziel, Effektivität, Zielgenauigkeit und Zerstörungskraft dieser Waffen zu erhöhen.

Allein die USA wollen für dieses 'Modernisierungsprogramm' bis 2020 mindestens 350 Milliarden Dollar ausgeben. Auch Frankreich, Grossbritannien und China modernisieren ihre Arsenale. «Die Atommächte zeigen bis jetzt nur rhetorisch Willen zur Aufgabe ihrer Waffenarsenale», heisst es im jüngsten SIPRI-Bericht. Die laufende Modernisierung zeige, dass «Atomwaffen nach wie vor eine harte Währung für internationalen Status und Macht sind».

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch
PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich
Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Thomas Greminger, Beat Luder, Heinrich Frei, Regula Brunner u.a.
Bilder: Titelseite und Seite 10: Kichka. Karte Seiten 12/13: zif Berlin. Karte Seite 17: EDA. Seiten 20-21: WILPF-Archiv. Seite 22: Filmstill.
Druck: gdz AG, Zürich
Auflage: 2000 Ex., März 2015

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–.
ISSN 1664-4492

PERFORMANCE myclimate neutral Drucksache
No. 01-15-858429 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C009035

Vorgesehene Fristen gestrichen

Im Abschlussdokument der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 setzten die P-5 gemeinsam durch, dass alle ursprünglich vorgesehenen Fristen und Zeitlimiten für konkrete Schritte zur atomaren Abrüstung gestrichen wurden. Ebenso fehlen Hinweise zum Abzug taktischer Atomwaffen der USA aus Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten und eine Kritik an der nuklearen Teilhabe der NATO, in der eine grosse Mehrheit der 188 Vertragsstaaten einen Verstoss gegen den NPT sieht. Die ebenfalls von einer grossen Mehrheit der 188 Vertragsstaaten geforderte internationale Konvention zum Verbot von Atomwaffen wird in dem Abschlussdokument lediglich als ein «Vorschlag» von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon erwähnt.

Wegen der zunehmend wachsenden Spannung zwischen den fünf 'offiziellen' Atomwaffenmächten und der grossen Mehrheit der übrigen 183 Vertragsstaaten hatten auch die Reformvorschläge zur Stärkung des NPT auf der Überprüfungskonferenz 2010 kaum eine Chance. Die Internationale Atomenergieorganisation IAEO hatte – vor allem angesichts des aktuellenKonflikts um das iranische Nuklearprogramm – angeregt, dass die Urananreicherung für zivile Zwecke künftig nicht mehr in nationalen Anlagen erfolgen solle, sondern in internationalen, von der IAEO betriebenen Einrichtungen.

Furcht vor Einschränkung der 'zivilen' Atomenergie

Zudem schlug die IAEO vor, durch Zusatzprotokolle zum NPT die Zugangs- und Kontrollmöglichkeiten für ihre Inspekteure zu verbessern, die Exportrestriktionen für nukleare Technologie zu verschärfen und die Möglichkeit zum Austritt aus dem Sperrvertrag zu erschweren. Die Forderung vieler atomwaffenfreier Staaten nach völkerrechtlich verbindlichen atomaren Nichtangriffsgarantien der P-5 scheiterte am Widerstand der USA. Umgekehrt erregte die Obama-Administration in Washington grosses Misstrauen mit ihrer Ankündigung, die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich der zivilen Nutzung der Atomtechnologie künftig einseitig zu begrenzen.

Viele Teilnehmerstaaten der Überprüfungskonferenz befürchteten einen Verstoss der USA gegen Artikel 4,2 des NPT, wonach sich «alle Vertragsparteien verpflichten, den weitestmöglichen

Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und berechtigt sind, daran teilzunehmen». Auch die bisherigen drei Vorbereitungstagungen für die Überprüfungskonferenz 2015 haben in den Fragen einer Reform des NPT keine greifbaren Fortschritte erbracht.

Die zunehmenden Spannungen im Nahen Osten erschweren eine Lösung

Die Spannungen unter den NPT-Staaten werden noch verschärft durch die eskalierenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Bereits auf der Überprüfungskonferenz 2010 gelang die Einigung auf ein gemeinsames Abschlussdokument schliesslich nur, weil darin auf Antrag Ägyptens für das Jahr 2012 eine internationale Konferenz beschlossen wurde über die Möglichkeit eines grundsätzlichen Verbots von atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten.

Der UNO-Generalsekretär wurde beauftragt, diese Konferenz unter Einschluss aller Staaten der Region – ausdrücklich auch Israels und Irans – zu organisieren.Doch diese Konferenz fand bis heute nicht statt, weil Israel eine Teilnahme prinzipiell verweigert und auch die USA, Deutschland und andere NATO-Staaten kein Interesse zeigen. Aus diesem Grund verliess Ägypten bereits vorzeitig die zweite Vorbereitungstagung für die Überprüfungskonferenz 2015.

Ihr Boykott durch eine ganze Reihe nicht nur arabischer Vertragsstaaten ist nicht mehr auszuschliessen. Zumal sich durch den Gaza-Krieg im Sommer 2014 die Spannungen im Nahen Osten noch weiter verschärft haben. Noch mehr wachsen würde die Gefahr eines Scheiterns der Überprüfungskonferenz, wenn die Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm bis dahin nicht zu einem Abkommen geführt haben.



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger **FRIEDENSZEITUNGS**-Autor

Gesucht: Material zur Geschichte des Zürcher Gartenhofes

Das Projekt hat eine lange Vorgeschichte, schon in den 1970er-Jahren gab es Anstösse für eine Geschichte von unten (oral history). Das Projekt versandete allerdings. Jetzt unternimmt der Friedensrat einen neuen Vorstoss, eine Geschichte seines Vereinssitzes, des Zürcher Gartenhofes, mitten im Stadtkreis 4 an der Gartenhofstrasse 7 zu schreiben.

Was mit einer Idee nach einem vom Basellandschäftler Historiker Ruedi Epple im Zusammenhang mit seinen Forschungen zur historischen Settlement-Bewegung (siehe **FRIEDENSZEITUNG** Nr. 6-13) entdeckten Beziehungen zwischen der Familie Ragaz und Ausläufern der Settlement-Bewegung begann, reifte bis hin zu einem konkreten Projektbeschrieb über den Gartenhof, seine soziale Umgebung, die bei ihm angesiedelten Friedensorganisationen.

An dieser Stelle rufen wir alle Interessierten, die je mit dem Gartenhof und seinen Organisationen zu tun hatten, sich mit uns in Verbindung zu setzen. ***Wir suchen ZeitzeugInnen, Erinnerungen, Bilder und Dokumente, die wir für eine Gartenhof-Historie verwenden können.*** Bitte wenden Sie sich an Peter Weishaupt, Projektleiter, info@friedensrat.ch, Tel. 044 242 93 21.



Bundesamt für Frieden?

Die Organisation Integrale Politik IP lädt alle Interessierten zu einem Open Space Workshop auf Samstagnachmittag, 13. Juni 2015 von 13.30 – 17.00 Uhr im Bürenpark in Bern ein. Dabei soll zwecks Förderung der Friedensarbeit und -kultur in der Schweiz die Idee eines «Bundesamtes für Frieden» diskutiert werden. Welchem Departement könnte ein solches unterstellt werden: VBS, EDI oder EJPD? Wäre zum Beispiel eine Transformation des VBS (Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) zum VFBS (Departement für Verteidigung, Friedensförderung, Bevölkerungsschutz und Sport) sinnvoll, fragt die IP. *www.integrale-politik.ch*

Swisstopo nicht mehr bei armasuisse

Das Bundesamt für Landestopografie Swisstopo, das vor zwei Jahren sein 175-jähriges Bestehen feierte, wird auf den 1. März 2015 aus der Rüstungsbeschaffungsorganisation des VBS, Armasuisse ausgegliedert und neu direkt dem VBS unterstellt. Seine Ursprünge gehen auf das Jahr 1838 zurück, als Guillaume-Henri Dufour in Genf das Eidgenössische Topographische Bureau gründete. Begründet wird der Schritt damit, dass die Beschaffungsprozesse im VBS immer komplexer würden und die Armasuisse sich deshalb auf ihr Kerngeschäft Beschaffung und Immobilien konzentrieren müsse. Aus den Händen wollte das VBS die Swisstopo aber und grundsätzlich nicht geben – die Kartografie bleibt massgeblich, wenn auch nicht zeitgemäss, unter militärischer Kontrolle.

Petition: Keine Drohnen aus Israel

Mit der Petition «Nein zum Kauf von Drohnen aus Israel», die am 26. Februar 2015 mit über 28'000 Unterschriften in Bern zuhanden des Bundesrates und des Parlaments deponiert wurden, protestieren die InitiantInnen gegen die Pläne der Regierung und insbesondere des Militärdepartements von Bundesrat Ueli Maurer, sechs Drohnen vom Typ Hermes 900 des israelischen Rüstungskonzerns Elbit Systems für das Rüstungsprogramm 2015 zu beschaffen. Die Schweiz trage durch ihre militärische Zusammenarbeit und die Rüstungskäufe in Israel dazu bei, die israelischen Völkerrechtsverletzungen gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern aufrecht zu erhalten.

Globales Chaos – machtlose UNO

Mitte März erscheint ein neues Buch unseres UNO-Korrespondenten in Genf, Andreas Zumach, über die angesichts der vielen heutigen Kriege und Konflikte machtlos scheinenden Vereinten Nationen. Es kommt zur rechten Zeit, denn die Frage, warum die vor 70 Jahren nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges gegründete UNO seit Beginn dieses Jahrtausends kaum mehr eine politische Rolle bei den Bemühungen spielt, diese Konflikte zu beenden und ihre Ursachen zu überwinden, beschäftigt viele, die ihre Hoffnung auf eine internationale Sicherheitsordnung gesetzt haben.

Wir dokumentieren nachfolgend die Einleitung des Buches «Globales Chaos – machtlose UNO» und ergänzen sie durch weitere Auszüge zu den wichtigsten Fragen zur heutigen Rolle der Weltorganisation. Ob diese überflüssig geworden ist, ist für den Autor dabei eine rhetorische Frage, eine politisch effektive UNO wird für ihn heute ebenso dringend gebraucht wie vor 70 Jahren. Untertitel durch die Redaktion.

Im Jahr 2014 ist nach Wahrnehmung vieler Menschen zumindest in den westlichen Ländern das 'globale Chaos' ausgebrochen und 'die Welt aus den Fugen geraten'. So lautete auch der Tenor zahlreicher Medienberichte und Politikerstatements. Denn das Jahr 2014 war so stark geprägt von scheinbar unkontrollierbaren Gewaltkonflikten und Krisen wie kein anderes zuvor. Zu dieser Wahrnehmung beigetragen haben die Kriege in der Ukraine, im Gazastreifen, in Syrien und Irak sowie der brutale Vormarsch der Terrormilizen des sogenannten Islamischen Staats und schliesslich die Ausbreitung der heimtückischen Ebola-Seuche.

Das 'globale Chaos' ist kein Schicksal oder Naturgesetz

Die UNO ist mit ihren Bemühungen zur Eindämmung und Beendigung dieser Krisen und Gewaltkonflikte entweder gescheitert oder sie hat erst gar keine entsprechenden Bemühungen unternommen. Das hat die Wahrnehmung vom 'globalen Chaos' und von einer 'aus den Fugen geratenen Welt' noch verstärkt und vielfach zu dem Eindruck geführt, die UNO sei 70 Jahre nach ihrer Gründung 1945 überflüssig geworden.

Die fünf Gewaltkonflikte und Krisen, die das Jahr 2014 geprägt haben, werden die Welt auch mindestens noch im Jahr 2015 in Atem halten. Einige werden wahrscheinlich noch weiter eskalieren. Doch anders, als der Begriff vom 'globalen Chaos' nahelegt, sind die fünf genannten Kriege und Krisen weder ein unausweichliches Schicksal noch eine Naturkatastrophe oder gar göttlicher Wille.

Analysier- und benennbare Ursachen

Das gilt auch für all die anderen opferreichen Gewaltkonflikte und Krisen vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, die weitgehend durch das Raster der Wahrnehmung westlicher Medien gefallen sind. Für sämtliche dieser Gewaltkonflikte und Krisen existieren analysierbare und benennbare kurz-, mittel- und langfristige Ursachen – seien es absichtsvolle Handlungen oder Fehler und Versäumnisse. Und es gibt Täter und Verantwortliche für diese Handlungen, Fehler und Versäumnisse.



Andreas Zumach: **Globales Chaos – machtlose UNO**. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Klappenbroschur, Rotpunktverlag, Zürich 2015, 264 Seiten, Fr. 24.–, erscheint Mitte März, E-Book im April.

Für jede der fünf Krisen und Gewaltkonflikte, die das Jahr bestimmt haben, lässt sich auch erklären, warum die UNO mit ihren Vermittlungs- und Eindämmungsbemühungen gescheitert ist oder warum sie derartige Bemühungen erst gar nicht unternommen hat. Und es lässt sich auch beschreiben, was geschehen müsste und welche Reformen erforderlich sind, damit die UNO künftig wieder handlungsfähiger wird sowohl in inner- und zwischenstaatlichen Konflikten als auch gegenüber globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Finanzkrise oder dem islamistisch gerechtfertigten Terrorismus.

Warum tut 'die UNO' nichts gegen...

Die Zweifel an der UNO und an ihrer weiteren Nützlichkeit sind allerdings nicht erst 2014 entstanden. Diese Zweifel wurden bereits genährt im ersten Jahrzehnt nach Ende des Kalten Krieges, das zunächst mit grossen Hoffnungen auf eine Weltorganisation verbunden war, die befreit von der Blockade der Ost-West-Konfrontation nun endlich uneingeschränkt handlungsfähig sein würde mit Blick auf alle Ziele und Aufgaben, die in der Gründungscharta von 1945 definiert wurden.

Warum hat die UNO die Völkermorde von Ruanda und Srebrenica nicht verhindert? Wieso tut die UNO nichts gegen die völkerrechtswidrige Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel? Was ist das Völkerrecht noch wert, nachdem es vor allem vom gewichtigsten UNO-Mitglied USA seit Ende der 1990er-Jahre immer häufiger gebrochen wurde? Warum tut die UNO nicht mehr, um verbindliche Arbeits-, Sozial- und Umweltnormen auch gegenüber grossen Konzernen durchzusetzen?

Wieso halten sich die fünf Vetomächte des UNO-Sicherheitsrates nicht an ihre Verpflichtungen zur Abrüstung von Atomwaffen? Warum kommen die Bemühungen der UNO um das Verbot von Kleinwaffen, Uranmunition und anderen grausamen Rüstungsgütern nicht voran? Wieso hat die UNO nicht auf die globale Finanzkrise von 2008 und ihre Folgen reagiert?

'Die UNO' existiert nicht

Auf all diese Fragen liefert das Buch zumindest den Versuch von detaillierten Antworten. Wobei sich all diese Antworten auf eine oftmals übersehene Tatsache gründen: 'Die UNO' als ein eigenständig handlungsfähiges Subjekt existiert nicht, sondern die UNO ist ein kompliziertes Netzwerk von inzwischen 193 souveränen Nationalstaaten mit oftmals sehr unterschiedlichen Interessen. Dieser Satz ist zwar banal, aber man muss ihn sich immer wieder in Erinnerung rufen. Denn in der Alltagssprache von Medien und Politik taucht 'die UNO' alltäglich auf als Subjekt, das «beschliesst, fordert, verurteilt, handelt, untersucht, scheitert» usw.

Durch diese undifferenzierte Sprache von Politik und Medien wird in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit immer wieder neu die Vorstellung genährt, es gebe 'die UNO' als eigenständiges Subjekt, das uneigennützig und nach objektiven Massstäben zur Schlichtung und Lösung von Konflikten eingreift wie ein unabhängiger Richter. Jedes Mal, wenn sich diese Vorstellung dann als Illusion erweist, entsteht Enttäuschung über 'die UNO'.

Die übergewichtigen Mitgliedstaaten bestimmen das Handeln 'der UNO'

Tatsächlich bestimmen die Mitgliedstaaten das Handeln 'der UNO'. Ob sich 'die UNO' überhaupt um ein Problem kümmert oder nicht, ob sie dabei erfolgreich ist oder scheitert – das ist immer Ergebnis der Interessen von Mitgliedstaaten, die sich bei den Entscheidungen des Sicherheitsrates, der Generalversammlung oder anderer Gremien und Institutionen des UNO-Systems entweder durchsetzen oder nicht. Wobei sich die Mitgliedstaaten mit hohem politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gewicht besonders häufig durchsetzen und das Handeln 'der UNO' bestimmen.

Diese Tatsache sowie der Umstand, dass einige dieser übergewichtigen Mitgliedstaaten – insbesondere die USA – die UNO-Charta und andere Bestimmungen des Völkerrechts in den letzten Jahren in besonders eklatanter Weise gebrochen haben, ohne dass diese Verstösse irgendwelche Folgen hätten, haben inzwischen selbst bei vielen langjährigen Befürwortern der UNO zur resignativen bis zynischen Abkehr von der Weltorganisation geführt.

Fortsetzung Seite 6

Zum neuen Buch von Andreas Zumach

Schon in der zweiten Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** vom September 2012 befasste sich Andreas Zumach mit dem vorgeblichen Versagen und Scheitern der UNO in Syrien und ärgerte sich über das simple Fazit von Medien und Beobachtern – wie so häufig bei internationalen Konflikten der letzten Jahrzehnte –, die lediglich die Weltorganisation zum Sündenbock stempelten und damit davon ablenken würden, dass das Handeln und die konkreten Interessen der gewichtigsten Mitgliedstaaten, vor allem die ständig im Sicherheitsrat vertretenen, für die Blockierung der UNO verantwortlich zeichneten.



Auch in seinen weiteren Beiträgen für unsere Zeitung – so im September letzten Jahres, als er für eine UNO-Schutztruppe im Irak plädierte oder in der letzten Dezember-Ausgabe, als er Alternativen zur militärischen Bekämpfung des «Islamischen Staates» forderte, steht ein (ideales) UNO-Engagement im Vordergrund seiner Argumentation. Dabei negiert er zuallerletzt die Schwierigkeiten, Krisen und Machtlosigkeit der UNO in den letzten Jahren, die er seit Jahren von Genf aus kritisch begleitet.

Jetzt hat er sozusagen als Geburtstagsgeschenk die Verteidigung der UNO beherzt an die Hand genommen: Sein neues Buch ist ein einziges Plädoyer für deren potenzielles Wirken und eine luzide Analyse ihrer Erfolge und Schwierigkeiten in ihrer nun bereits siebzigjährigen Geschichte. Wer sowohl nach einem fasslichen Kompendium über die UNO wie über eine durchdringende Beschäftigung mit deren wechselvollem Wirken und ihren künftigen Aussichten sucht, voilà, zugreifen!

Besonders angetan hat mich seine Haltung zum Ukraine-Konflikt, wo er, wie der Auszug auf den nachfolgenden Seiten zeigt, eine saubere Auslegeordnung völkerrechtlicher Prämissen vornimmt (und sich damit nicht nur Freunde in Deutschland schafft). Doch sind seine Darstellungen der Erosion des Völkerrechtes (seit Ende des Kalten Krieges) oder seine Kritik an mangelnder Wirksamkeit von Rüstungskontrolle und Abrüstung, sein Bedauern über die Verweigerung dringend notwendiger Ressourcen für die weitreichenden Aufgaben der Vereinten Nationen (zu wenig Geld, keine eigenen Truppen) beileibe nicht sein einziges Anliegen.

Dass die internationalen Wirtschaftsverhandlungen und -standards ungeachtet der Globalisierung ausserhalb oder neben der für ökonomische Probleme und gerechte internationale Beziehungen eigentlich prädestinierten Organisation laufen, ist eine ständige Unbegreiflichkeit. Im Anhang seines Buches findet sich da ein interessanter Beitrag von Eva-Maria Hanfstängl über Vorschläge der UNO-Expertenkommission zur Reform des internationalen Finanzsystems. Im Übrigen gehört zur finanziellen Schmalhans-Haltigkeit der Geberländer auch das Versagen der Weltgesundheitsorganisation WHO bei der Ebola-Seuche, der ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Abgerundet wird das Buch durch eine ideengeschichtliche Darstellung der Vorläufergeschichte (vom Wiener Kongress 1815 bis zum Völkerbund) und eine Übersicht über die Institutionen der UNO. Allerdings – und dafür kann Zumach natürlich nichts – verbleiben seine und auch vieler anderer Interessierter Vorschläge und Forderungen (siehe etwa den neusten Amnesty-Jahresbericht) über eine substanzielle Reform der Weltorganisation leider eher in der Luft hängend – solange der Sicherheitsrat von den fünf Schwerenötern (USA, Russland, China, Frankreich, Grossbritannien) geprägt ist und die Organisation immer noch und konstituierend ausschliesslich von Staaten und ihren Interessen abhängt, ist wohl keine revolutionäre Wandlung zu erwarten. Es spricht aber durchaus dafür, dass sich die Schweiz um einen (nichtständigen) Sitz im Sicherheitsrat bemüht. Schaden kanns nicht, wenn 'die Willigen' sich vermehrt engagieren.

Peter Weishaupt

Fortsetzung von Seite 5

Diese Haltung ist zwar verständlich. Aber sie übersieht, dass die UNO trotz aller auch in diesem Buch beschriebenen Unzulänglichkeiten und Widersprüche in den letzten 70 Jahren viel erreicht hat. Und diese Haltung der Abkehr von der UNO gibt auch keine Antwort auf die Frage, was denn die Alternative wäre.

Ohne die UNO wären die letzten 70 Jahre weit schlimmer verlaufen

Richtig ist: Gemessen an dem in der Gründungscharta von 1945 formulierten Hauptziel, «künftige Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren», ist die UNO – oder besser: sind ihre inzwischen 193 Mitgliedstaaten – gescheitert. Über 260 bewaffnete Konflikte fanden in den letzten sieben Jahrzehnten statt, oftmals verbunden mit Völkermord und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen.

Doch ohne die UNO und ihre Bemühungen zur Beilegung gewaltsamer Auseinandersetzungen hätten viele dieser Konflikte noch länger gedauert, noch mehr Tote und Verwundete gefordert und noch mehr Zerstörungen hinterlassen. Ohne die UNO wäre es wahrscheinlich zu einem dritten Weltkrieg gekommen – möglicherweise sogar unter Einsatz atomarer Waffen. Zahlreiche Situationen, in denen die Welt sehr kurz vor dem Abgrund eines atomaren Krieges stand – wie im Oktober 1962 während der Krise wegen der sowjetischen Raketen auf Kuba – wurden im UNO-Sicherheitsrat entschärft.

Eine Auflösung der UNO würde den Rückfall in die Barbarei bedeuten

Und ohne die UNO und ihre humanitären Unterorganisationen wären in den letzten 70 Jahren Hunderte Millionen Opfer von Naturkatastrophen, Hungersnöten und gewaltsamen Vertreibungen nicht versorgt worden. Schliesslich bot die UNO den Rahmen für die Vereinbarung zahlreicher internationaler Normen, Regeln und Verträge zu Rüstungskontrolle und Abrüstung, Menschenrechten, Umweltschutz, Sozialstandards und auf zahlreichen anderen Gebieten.

Diese Normen, Regeln und Verträge haben die Erde zwar nicht in ein Paradies verwandelt. Aber sie trugen immerhin dazu bei, die Lebensbedingungen für viele der inzwischen über sieben Milliarden Erdbewohner in zahlreichen Bereichen zu verbessern. Eine Auflösung der 1945 gegründeten UNO würde den Rückfall in die Barbarei weitgehend ungeregelter zwischenstaatlicher Beziehungen bedeuten.

Eine handlungsfähige UNO ist heute mindestens so dringend wie 1945

Tatsächlich bedarf es heute einer funktionierenden und handlungsfähigen Weltorganisation mindestens so dringend wie 1945. Unterentwicklung, Aids, Hunger, Umweltzerstörung, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Konflikte um Wasser, fossile Energieträger und andere Ressourcen – das sind heute die zentralen globalen Herausforderungen. Die Völker und Staaten dieser Erde werden diese Herausforderungen – wenn überhaupt – nur bewältigen können durch vermehrte kooperative Anstrengungen im Rahmen einer politisch, finanziell und strukturell gestärkten UNO.

2005 hatte der damalige Generalsekretär Kofi Annan den Mitgliedstaaten zahlreiche Reformvorschläge zur Stärkung der UNO gemacht. Die meisten dieser Vorschläge harren bis heute der Umsetzung. In den letzten zehn Jahren wurden vor allem von Nichtregierungsorganisationen noch weitergehende Reformvorschläge entwickelt – etwa zur Finanzierung der UNO oder zur Durchsetzung verbindlicher Menschenrechts-, Arbeits-, Sozial- und Umweltnormen für Wirtschaftsunternehmen.

Koalition williger Multilateralisten

Eine Umsetzung all dieser Vorschläge zur Stärkung der UNO und ihrer Handlungsfähigkeit hängt davon ab, ob sich unter den Mitgliedstaaten der Generalversammlung eine strategische Koalition williger Multilateralisten zusammenfindet. Eine Koalition, die bereit ist, diese Vorschläge auch dann umzusetzen, wenn sich die USA, China, Russland oder andere Vetomächte und gewichtige Mitgliedstaaten zunächst nicht beteiligen oder sogar ausdrücklich dagegen sind. Zu dieser Koalition müssten neben den europäischen Staaten erklärte Multilateralisten aus anderen Weltregionen gehören wie zum Beispiel Kanada, Mexiko, Brasilien, Indien, Südafrika, Ägypten und Australien.

Die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes, die Vereinbarung des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz sowie die drei Konventionen zum Verbot von Antipersonenminen und von Streumunition sowie zur Kontrolle des konventionellen Waffenhandels – jeweils durchgesetzt ohne Beteiligung oder gar gegen den erklärten Willen der USA sowie teilweise zunächst auch Russlands und Chinas – sind fünf erfolgreiche Beispiele für derartige Koalitionen aus den letzten zwanzig Jahren.

Konsequente Weiterentwicklung

In allen fünf Fällen bestand die ursprüngliche Koalition zunächst nur aus einer kleinen Minderheit von maximal zwei Dutzend der 193 UNO-Mitgliedstaaten, die – angetrieben und unterstützt von Nichtregierungsorganisationen – in der Generalversammlung für ihre Ziele warben. Inzwischen haben jeweils über 150 Staaten – also über drei Viertel der UNO-Mitglieder – das Kyoto-Klimaschutz-Protokoll und die Verbotskonventionen zu Antipersonenminen und Streumunition unterschrieben und ratifiziert und sind trotz massiven Gegendrucks aus Washington dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten.

Die konsequente Weiterverfolgung der Strategie einer die Weltregionen übergreifenden Koalition williger Multilateralisten, die zur Bewältigung der globalen Herausforderungen auf das kollektive System der UNO setzen – das wäre die Alternative zu dem gefährlichen Versuch, eine neue, militärisch definierte multipolare Machtbalance oder gar nur eine neue bipolare Weltordnung der G-2 (USA und China) zu errichten.

Andreas Zumach, Genf
1. Februar 2015

Andreas Zumach im Gespräch über sein neues Buch «Globales Chaos – machtlose UNO» unter der Moderation von Hanspeter Uster.

Veranstaltungsreihe «Vom Guten und vom Bösen»: **Dienstag, 24. März 2015,** 19.00 Uhr, Helferei Zürich. Eintritt: Fr. 10.–

Kulturhaus Helferei

Ein Angebot der reformierten Kirche Zürich
Kirchgasse 13 · 8001 Zürich · www.kulturhaus-helferei.ch

Ukraine: Klassischer Fall für ein Eingreifen der UNO

Der Konflikt in der Ukraine hat zu den mit Abstand schärfsten Spannungen zwischen Russland und der NATO seit Ende des Kalten Krieges vor 7 Jahren geführt. Beide Seiten werfen sich inzwischen immer häufiger gegenseitig die Wiederbelebung dieses Krieges vor und verstärken ihre militärischen Manöver entlang ihrer Aussengrenzen sowie im internationalen europäischen Luftraum und im Schwarzen Meer. Der Weltfrieden und die internationale Sicherheit sind bedroht.

Das ist ein klassischer Fall für die UNO, sollte man meinen. Würde sich ein ähnliches Konfliktszenario in Afrika oder Asien abspielen, hätte die Weltorganisation längst eingegriffen. Warum geschieht das nicht im Ukrainekonflikt?

Schlechte Tradition aus der Zeit des Kalten Krieges

Weil das von den Hauptakteuren dieses Konfliktes nicht gewünscht wird. Und auch UNO-Generalsekretär Ban Kimoon machte im Frühjahr 2014 nicht von den mit seinem Amt verbundenen Möglichkeiten Gebrauch, die Ukrainekrise dem Sicherheitsrat oder der Generalversammlung vorzulegen. Stattdessen ersuchte der UNO-Generalsekretär die gesamteuropäische Regionalorganisation OSZE, sich um die Konfliktbeilegung zu kümmern.

Russland als ständiges und vetoberechtigtes Mitglied des Sicherheitsrats hat kein Interesse an einem Eingreifen der UNO, schon gar nicht auf der Ebene des Sicherheitsrates. Und es gehört zu den schlechten Traditionen der Weltorganisation aus der Zeit des Kalten Krieges, dass sie sich aus Konflikten heraushält, an denen eine oder mehrere der fünf Vetomächte direkt beteiligt sind. Während der über vier Jahrzehnte des Kalten Krieges galt diese ungeschriebene Regel selbst dann, wenn die an dem Konflikt beteiligten Vetomächte durch Völkermord, Verbrechen gegen die Menschheit oder durch einen Angriffskrieg in gravierender Weise gegen die UNO-Charta verstiessen.

Sowjets in Afghanistan: Ausnahme, aber völlig wirkungslos

So war etwa der fast zehnjährige völkermörderische Vietnamkrieg der USA niemals Gegenstand von Beratungen, geschweige denn von Resolutionen des Sicherheitsrats oder der Generalversammlung. Dasselbe gilt für den Algerienkrieg Frankreichs oder für das Vorgehen Grossbritanniens in Nordirland. Auch die direkten oder indirekten militärischen Aggressionen der Sowjetunion und der USA in ihren jeweiligen Bündnisbereichen oder 'Hinterhöfen' – wie in Ungarn, der Tschechoslowakei, Nicaragua oder El Salvador – waren für die UNO tabu.

Erste und einzige Ausnahme von dieser schlechten Tradition war die Resolution, mit der die Generalversammlung den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 verurteilte. Sehr viele der blockfreien Länder Asiens und Afrikas, die während des Kalten Krieges ansonsten häufig in der Generalversammlung so abstimmten wie die Sowjetunion, sahen sich durch die militärische Aggression Moskaus gegen Afghanistan in ihrer eigenen staatlichen Souveränität bedroht.

Doch eine Befassung des Sicherheitsrats mit dem russischen Einmarsch in Afghanistan stand trotz des Votums der Generalversammlung ausser Frage. Moskau hätte jeglichen Versuch, das Thema auf die Tagesordnung des Rates zu bringen oder gar eine Resolution zu verabschieden, durch eine Vetodrohung blockiert oder – ähnlich wie 1950 während der Koreakrise – den Rat notfalls boykottiert. (az)

Die OSZE im Ukrainekonflikt: Starkes Engagement mit dürftigem Ergebnis

Tatsächlich hat die Ukrainekrise die OSZE und ihr Schweizer Präsidium im Jahr 2014 stärker beschäftigt als jeder andere Konflikt seit den jugoslawischen Zerfallskriegen in den 1990er-Jahren. Das Ergebnis des vielfältigen OSZE-Engagements im Ukrainekonflikt ist allerdings dürftig. Die ständige gewaltsame Eskalation des Konflikts mit bis Ende Januar 2015 rund 4800 Toten und über 900'000 Flüchtlingen aus der Ostukraine und der von Russland völkerrechtswidrig annektierten Krim konnte die OSZE nicht verhindern. Der Anfang September 2014 in Minsk unter Vermittlung der OSZE vereinbarte Waffenstillstand für die Ostukraine wurde von den Konfliktparteien ebenso wenig eingehalten wie andere Abmachungen und Zusagen. Selbst ihre Aufgabe der Konfliktbeobachtung konnte die OSZE nur sehr unzureichend erfüllen.

Hauptgrund für dieses dürftige Ergebnis des OSZE-Engagements sind die schon seit vielen Jahren völlig unzureichenden finanziellen, personellen und logistischen (Transportmittel usw.) Ressourcen, die die 57 Teilnehmerstaaten für die Arbeit der OSZE zur Verfügung stellen. Hinzu kommt die besonders starke politische Blockade der OSZE in diesem Ukrainekonflikt, da die Schwergewichte unter ihren Mitgliedern, Russland, die EU-Staaten und die USA, zu den Konfliktparteien gehören. Und schliesslich fehlte dem Schweizer OSZE-Präsidium der Mut zu eigenständigen Initiativen.

Kritik am Schweizer Vorsitz

Die Handlungsfähigkeit der OSZE ist abgesehen von finanziellen und personellen Ressourcen und dem politischen Willen gewichtiger Teilnehmerstaaten auch abhängig vom jeweiligen Vorsitzland und seinem Aussenminister. Die Schweiz als Nichtmitglied von NATO und EU, die beide am Ukrainekonflikt beteiligt sind, war geradezu prädestiniert für eine aktive Rolle zur Überwindung dieser Krise. Sogar noch mehr als Finnland und Schweden, die wegen ihrer geografischen Nähe zu Russland und den baltischen Staaten zumindest indirekt von den Auswirkungen der Ukrainekrise betroffen sind.

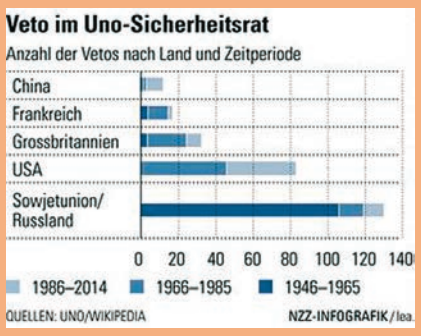
Doch leider hat die Schweiz diese aktive Rolle nur sehr unzureichend wahrgenommen. So hätte Aussenminister Didier Burkhalter auch ohne vorherige Absegnung durch die 57 OSZE-Teilnehmerstaaten spätestens bei der Genfer Ukraine-Konferenz Mitte April öffentlich mit jeweils drei, vier klaren Forderungen an Moskau und Kiew zur Deeskalation auftreten müssen. Das hätte dem Konflikt vielleicht eine andere Dynamik gegeben. Selbst bei seinem Besuch in Moskau im Juni 2014 hätte der OSZE-Vorsitzende mit entsprechenden Forderungen an beide Konfliktparteien und einem selbstbewussteren Auftreten zumindest verhindern können, dass sein Besuch von Putin und den staatlichen Medien für die russische Propaganda instrumentalisiert wurde. (az)

UNO: Kritik am Vetorecht

In ihrem neusten Jahresbericht für 2014 prangert Amnesty International den vernachlässigten Schutz der Zivilbevölkerung vor quasi-staatlichen terroristischen Gruppen wie dem Islamischen Staat im Irak und Syrien, Boko Haram in Nigeria oder Al-Shabaab in Somalia an, was zu seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr vergleichbaren Flüchtlingsströmen geführt habe. Ausserdem müssten Zivilpersonen vor Einschränkungen der Menschenrechte durch den eigenen Staat viel besser geschützt werden.

Heftige Kritik übt Amnesty auch an der UNO, die es versäumt habe, die Welt vor Gewalt zu bewahren, als sie am meisten dafür gebraucht wurde. Vor allem der Sicherheitsrat habe es trotz offenkundigem millionenfachem Terror an der Zivilbevölkerung versäumt, einzuschreiten. Als Beispiele führt die Menschenrechtsorganisation den 50-tägigen Gaza-Krieg im letzten Sommer an, wo die USA mit Vetoandrohung eine Resolution verhinderten.

Ebenso verhinderte Russland im vergangenen März eine Resolution, welche das Referendum auf der Krim als illegal erklären sollte. Im Weiteren verhinderten China und Russland im Mai eine Resolution, welche eine Untersuchung der Massaker im syrischen Bürgerkrieg am Internationalen Gerichtshof forderte. Amnesty verlangt deshalb, dass die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates jeweils verbindlich auf ihr Vetorecht verzichten, wenn es um Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen geht.



Unter Federführung der Schweiz

Die Schweiz hat 2012 eine Gruppe von fünf kleinen Staaten – neben ihr selbst als Federführerin Liechtenstein, Costa Rica, Jordanien und Singapur – gebildet, der sogenannten Small Five, die 20 Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz und Wirksamkeit des Sicherheitsrates unterbreitete. Insbesondere sollten Resolutionen zu Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht mehr dem Vetorecht unterliegen.

Doch unmissverständlich legten die fünf Grossen, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien den Kleinen nahe, ihre Resolution zurückzuziehen. Im Mai 2013 wurde ein neuer Anlauf in der Sache unternommen. Diesmal konstituierten sich ebenfalls unter Schweizer Führung 23 kleine und mittelgrosse Länder unter der Losung Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Transparenz, die realistischerweise nicht auf die völlige Abschaffung des Vetorechts, sondern auf dessen Einschränkung im oben erwähnten Rahmen zielen. Frankreich soll sich inzwischen auf diese Seite geschlagen haben, auch Grossbritannien soll Musikgehör zeigen.

Quellen: Amnesty JB 2014/2015, NZZ 24.2.2015

Israel/Palästina: Doppelte Standards bei der Durchsetzung von Völker- und Menschenrechtsnormen

Die Enttäuschung und Frustration über die Unfähigkeit der UNO, den in immer kürzeren Abständen gewalttätig eskalierenden Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern endlich zu beenden und eine politische Lösung herbeizuführen, sind umso grösser, als sich die Weltorganisation seit ihrer Gründung mit keinem anderen Konflikt so häufig und so intensiv beschäftigt hat. Zu keinem anderen Thema haben die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, die Menschenrechtsgremien und andere Institutionen und Organisationen des UNO-Systems so viele Beschlüsse und Resolutionen gefasst.

Seit Jahrzehnten blockiert

Und in keine andere Region der Erde hat die UNO in den letzten 70 Jahren so viele Blauhelmmissionen, Sonderberichterstatter, Untersuchungskommissionen entsandt und humanitäre Hilfsgüter geschickt, wie in den Nahen Osten. Doch auf der politischen Entscheidungsebene insbesondere des Sicherheitsrats ist die UNO seit Jahrzehnten blockiert. In erster Linie, weil das ständige Ratsmitglied USA mittels seiner Vetomacht die Umsetzung von UNO-Resolutionen zur Lösung des Konflikts verhindert und die Konfliktpartei Israel vor jedem effektiven Druck schützt, sich an das Völkerrecht zu halten.

In den allermeisten Fällen fand die westliche Führungsmacht USA für ihre Nahostpolitik auch die Unterstützung Deutschlands, Grossbritanniens und anderer gewichtiger Länder des Westens. Aus diesem Grund hat der israelisch-palästinensische Konflikt wie kein anderer weltweit zu der Wahrnehmung beigetragen, dass bei der Umsetzung der seit 1945 im UNO-Rahmen vereinbarten universellen Völkerrechts- und Menschenrechtsnormen Selektivität und doppelte Standards herrschen. Das unterminiert und schwächt diese universellen Normen und die UNO.

Die Vereinten Nationen werden im Nahostkonflikt noch gebraucht

In keinem anderen Konflikt der letzten siebzig Jahre wurden die UNO und ihre für die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit zuständigen Gremien so häufig aus der Suche nach einer politischen Lösung ausgegrenzt und wurden die humanitären Unterorganisationen und Sonderberichterstatter so häufig in der Ausübung ihres Mandats behindert wie im israelisch-palästinensischen Konflikt. Doch trotz dieser Erfahrung, die auch für Generationen von Mitarbeitern der Weltorganisation höchst frustrierend war und ist: Die UNO wird zur Überwindung dieses Konfliktes noch gebraucht, auch wenn die israelische Regierung sowie weite Teile der veröffentlichten Meinung und der Bevölkerung des Landes das noch nicht wahrhaben wollen.

Die UNO wird gebraucht, um eine gerechte Zweistaatenlösung auf Basis der Vorkriegsgrenzen von 1967 abzusichern. Entlang der Grenze zwischen diesen beiden Staaten wird auf lange Zeit eine robuste Blauhelmtruppe der UNO mit einem starken Kontingent US-amerikanischer Soldaten, wenn nicht sogar unter Kommando der USA, stationiert werden müssen, um die israelischen Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen. Die Chancen einer für Israel akzeptablen Zweistaatenlösung würden zudem wachsen, wenn der künftige Staat Palästina auf den Aufbau eigener Streitkräfte verzichten würde – im Gegenzug zu Sicherheits- und Beistandsgarantien der UNO im Fall eines militärischen Angriffs auf diesen Staat. (az)

Petition für die Überwachung der Menschenrechte in der Westsahara

Razzien, willkürliche Verhaftungen, Folter, Verschwindenlassen und brutale Übergriffe der Besetzungsmacht auf die Zivilbevölkerung: In der von Marokko besetzten Westsahara sind solche Übergriffe auf die Menschenrechte an der Tagesordnung. Mit einer Petition, die am 26. Februar 2015 an den Bundesrat und die eidg. Räte übergeben wurde, fordern über rund 45 Schweizer Organisationen (darunter der Schweizerische Friedensrat) und Persönlichkeiten, dass sich die offizielle Schweiz dafür einsetzt, dass die Menschenrechtsbeobachtung in das Mandat der UNO-Mission MINURSO aufgenommen wird.

Seit 40 Jahren schwelt in der Sahara ein vergessener Konflikt. Nach dem Rückzug der Kolonialmacht Spanien besetzte Marokko die Westsahara, worauf zwischen der Frente Polisario, der militärischen und politischen Organisation der Sahraouis, und Marokko ein erbitterter Bürgerkrieg ausbrach. Auf Vermittlung der Vereinten Nationen schlossen die Konfliktparteien 1991 einen Waffenstillstand. Versprochen wurde den Sahraouis damals, dass unter Aufsicht der UNO ein Referendum über die Zukunft der besetzten Gebiete in der Westsahara durchgeführt wird. Seither herrscht Stillstand. Seither warten die Sahraouis – bislang noch friedlich. Seither werden die besetzten Gebiete wirtschaftlich ausgebeutet, ohne dass die Sahraouis davon profitieren. Seither schafft es Marokko mit seinem Lobbying immer wieder erfolgreich, dass das Thema der besetzten Westsahara in der UNO dauernd verschleppt, verschoben, vertagt wird. Und das seit nunmehr 24 Jahren.

Folter, Verschwindenlassen, Verhaftungen an der Tagesordnung

Zwar überwacht die MINURSO, die Mission der Vereinten Nationen für ein Referendum in der Westsahara, die Einhaltung des Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien. Die sahraouische Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten ist aber ständigen Übergriffen durch die marokkanische Besetzungsmacht ausgeliefert. Wie der Bericht des UNO-Sonderberichterstatters für Folter, Juan E. Méndez, belegt, sind Razzien, willkürliche Verhaftungen, Folter, Verschwindenlassen und brutale Übergriffe der Polizei gegen friedlich Demonstrierende an der Tagesordnung. Das ist inakzeptabel!

Wir, Vertreterinnen und Vertreter von schweizerischen Hilfswerken und Persönlichkeiten, fordern mit unserer Petition von Bundesversammlung und Bundesrat, sich bei der UNO unverzüglich und mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte in den von Marokko annektierten Gebieten sowie in den Flüchtlingslagern der Polisario ins Pflichtenheft der MINURSO aufgenommen wird. Im Frühling stehen im UNO-Sicherheitsrat die nächsten Verhandlungen über die Verlängerung des Mandates der MINURSO an.

SUKS – Schweizerisches Unterstützungskomitee für die Sahraouis, www.suks.ch

Die Beseitigung der syrischen Chemiewaffen zeigt das Potenzial der Vereinten Nationen

Der Bürgerkrieg in Syrien zieht sich inzwischen schon vier Jahre hin und ist in dieser Zeit ständig eskaliert. Bis Anfang 2015 hat dieser Krieg über 200'000 Todesopfer gefordert. Fast zwölf Millionen Syrerinnen und Syrer – das ist über die Hälfte der Vorkriegsbevölkerung – befinden sich inzwischen als Flüchtlinge im Ausland oder sind Binnenvertriebene innerhalb Syriens. Das ist die grösste Flüchtlingskatastrophe und die grösste Herausforderung für die humanitären Organisationen des UNO-Systems seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Gemeinsamkeit bei der Chemiewaffenabrüstung blieb Eintagsfliege

Die von Russland und den USA gemeinsam initiierte schnelle Beseitigung und Vernichtung des syrischen Chemiewaffenarsenals ab Herbst 2013 sowie die Einbindung Syriens in das Chemiewaffenverbotsabkommen der UNO von 1993 lässt eine Ahnung aufkommen, was die Weltorganisation zur Beilegung des Syrienkonflikts hätte beitragen können, wenn sich die beiden Vetomächte im Sicherheitsrat einig wären. Doch das gemeinsame Vorgehen von Russland und den USA in Sachen Chemiewaffen blieb nur eine Eintagsfliege.

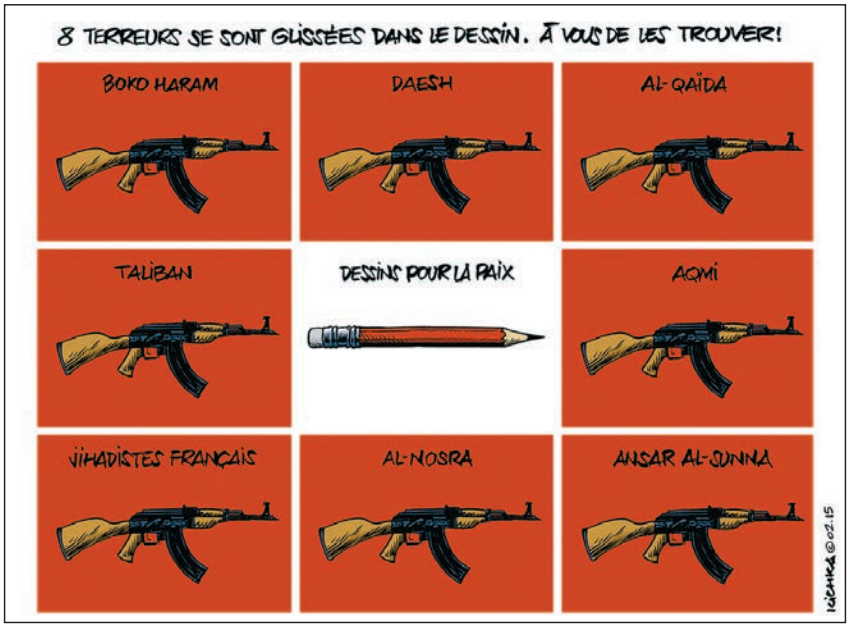
Wie kontrovers die Interessenlage zwischen Moskau und Washington ist, zeigte die zweite Genfer Syrienkonferenz im Januar 2014. Auf Druck Washingtons erneut ohne Beteiligung Irans versandete die Konferenz nach pompösem Auftakt in einem Nobelhotel in Montreux in einem zynischen Feilschen zwischen den Vertretern der syrischen Regierung und der Opposition im Genfer UNO-Palast.

Blauhelmtruppe für Syrien

Die Resolution zur Verurteilung der Gewalttaten des Assad-Regimes, die die UNO-Generalversammlung Mitte Februar 2012 mit überwältigender Mehrheit verabschiedete, zeigte ebenso wenig Wirkung wie die mehrfach verschärften Sanktionen des Westens gegen Damaskus. «Priorität muss jetzt das Ende des Blutvergiessens haben», beteuerten damals unisono die Regierungen der fünf Vetomächte des Sicherheitsrates und aller anderen an der Debatte über Syrien beteiligten Länder. Wären diese Beteuerungen ernst gemeint gewesen, hätte die UNO das Blutvergiessen beenden und die Eskalation der letzten drei Jahre verhindern können.

Das hierzu geeignete Mittel wäre eine vom Sicherheitsrat mit dem Konsens der fünf Vetomächte mandatierte Blauhelmtruppe für Syrien gewesen, im Idealfall mit Soldaten aus den USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien. Diese UNO-Blauhelmtruppe hätte die prioritäre Aufgabe haben müssen, sichere Landkorridore zur Versorgung der Bevölkerung mit überlebenswichtigen Gütern und zum Transport von Flüchtlingen und Verletzten zu schaffen, Städte und andere zivile Ziele vor Beschuss zu schützen, die Lieferung weiterer Waffen nach Syrien an jegliche Konfliktpartei zu unterbinden. Mit der Umsetzung dieser Massnahmen hätte die UNO den Bürgerkrieg in Syrien beenden können. (az)

Nur eine UNO-Bodentruppe ermöglicht effektiven Schutz der bedrohten Zivilbevölkerung



Um die von den IS-Milizen bedrohte Zivilbevölkerung in Syrien und Irak wirksam zu schützen und die mit Luftschlägen verbundenen «Kollateralschäden» zu vermeiden, wären vom UNO-Sicherheitsrat mandatierte Bodentruppen erforderlich. Deren Mandat müsste eindeutig auf folgende Massnahmen begrenzt sein:

➤ Schaffung von Landkorridoren zur sicheren Flucht für die von den IS-Milizen bedrohten Menschen sowie zur humanitären Versorgung der notleidenden Bevölkerung;
➤ militärischer Schutz von Städten und Regionen, die die IS-Milizen angreifen und erobern wollen;
➤ Zurückdrängung der IS-Milizen aus Regionen, die sie heute bereits kontrollieren.

Jegliches Vorgehen der UNO-Truppe gegen das Assad-Regime oder die Unterstützung von Kämpfern der Opposition müsste ausgeschlossen werden. Bei einem solchen Mandat würde eine UNO-Truppe wahrscheinlich auch nicht auf den Widerstand des Assad-Regimes stossen, sondern zumindest stillschweigend toleriert werden, wie bislang schon die US-Luftangriffe gegen IS-Stellungen in Syrien. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Mandats bei allen Koniktparteien würde zudem erheblich erhöht, wenn an der UNO-Truppe Soldaten aus allen fünf Vetomächten des Sicherheitsrats (USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien) beteiligt wären.

Nur mit einer solchen UNO-Bodentruppe liesse sich die bedrohte Zivilbevölkerung in Syrien und Irak wirksam schützen und bestünde zumindest überhaupt eine Chance, die Anfang Januar 2015 von den US-Geheimdiensten auf über 40'000 Kämpfer geschätzten Milizen des IS aus den von ihnen kontrollierten Regionen zu vertreiben.

Nachwuchsreservoir austrocknen

Doch selbst wenn dies gelingen sollte, wäre das Problem des islamistisch gerechtfertigten Terrorismus, den die meisten UNO-Staaten inzwischen zur zentralen globalen Herausforderung erklärt haben, noch keineswegs gelöst. Denn solange im Krisenbogen zwischen Marokko und Pakistan, in Tschetschenien und anderen Kaukasus-Regionen sowie zunehmend auch in europäischen Städten weiterhin viele Millionen junge Männer in völlig prekären Umständen und ohne jede positive Lebensperspektive aufwachsen, also leicht Opfer der islamistischen Propaganda werden können, gibt es ein fast unerschöpfliches Nachwuchsreservoir potenzieller Terroristen.

Dieses potenzielle Nachwuchsreservoir für den Islamischen Staat, al-Qaida und ähnliche Gruppen und Netzwerke lässt sich nur mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen austrocknen. Das wäre die entscheidende und unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Überwindung des islamistisch gerechtfertigten Terrorismus. (az)

Die UNO ist keine Weltregierung

Die UNO ist – entgegen manch feindlicher Propaganda insbesondere in ihrem bislang gewichtigsten Mitgliedstaat USA – keine Weltregierung. Sie verfügt weder über eine eigene Flotte schwarzer Hubschrauber noch hat sie eine Notenbank und kann sich nicht ihr eigenes Geld drucken. Die UNO darf sich noch nicht einmal Geld bei Banken leihen oder Kredite aufnehmen. Jeder Cent, der für die vielfältigen Ausgaben des weltweiten UNO-Systems ausgegeben wird, muss zunächst von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.



Wäre die UNO ein kommerzielles Unternehmen, hätte sie bereits vor 20 Jahren Bankrott anmelden müssen. Ende 1994 fehlten in der UNO-Kasse 3,2 Milliarden Dollar. Durch die umfangreichen militärischen Friedensmissionen in Ex-Jugoslawien, Kambodscha und Somalia mit insgesamt über 150'000 Blauhelmsoldaten waren die Kosten für Peacekeeping-Operationen der UNO in den ersten vier Jahren nach Ende des Kalten Krieges fast um das Zehnfache gestiegen. Zugleich war die Zahlungsmoral der damals 184 Mitgliedstaaten auf einem historischen Tiefpunkt. Lediglich 56 Staaten hatten ihre Beiträge für 1994 voll bezahlt.

Seitdem haben die globalen Herausforderungen an das UNO-System und seine von den Mitgliedstaaten beschlossenen Aufgaben und Aktivitäten noch erheblich zugenommen. Und damit auch die Kosten. Mit dem bisherigen Finanzierungsmodell für die UNO lassen sich diese Kosten nicht mehr decken. Es bedarf einer grundlegenden Reform. (az)

Das strikte zwischenstaatliche Gewaltverbot der UNO-Charta und seine beiden einzigen Ausnahmen

Besonders betroffen ist die zentrale Bestimmung der UNO-Charta, das Verbot der «Androhung und Anwendung von Gewalt» zwischen den Staaten (Artikel 2, Absatz 4). Nach dem Scheitern des 1919 gegründeten UNO-Vorläufers Völkerbund und dem Rückfall in die Barbarei zwischenstaatlicher Beziehungen, die schliesslich in dem von Hitlerdeutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg eskalierte, war diese Bestimmung der UNO-Charta der wichtigste zivilisatorische Fortschritt des 20. Jahrhunderts.

Ein weiterer wesentlicher Fortschritt sind die Betonung der individuellen Menschenrechte in der Präambel und im ersten Artikel der UNO-Charta sowie die in Kapitel 7 geregelten Befugnisse des Sicherheitsrats, »eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung festzustellen« (Artikel 39) und in Reaktion darauf politische und wirtschaftliche oder militärische Sanktionen zu verhängen (Artikel 40) oder militärische Massnahmen zu beschliessen (Artikel 41). Die alleinige Befugnis des Sicherheitsrats, militärische Massnahmen zu beschliessen und die UNO-Mitgliedstaaten zur Anwendung derartiger Massnahmen zu ermächtigen, ist die eine von zwei Ausnahmen vom strikten Gewaltverbot der UNO-Charta.

‘Naturgegebenes ’ Recht auf Selbstverteidigung

Die andere Ausnahme ist das «naturgegebene Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung im Falle einer Angriffshandlung», das jedem Mitgliedstaat der UNO in Artikel 51 der Charta garantiert wird. Allerdings gilt dieses Recht auf Selbstverteidigung nicht zeitlich unbeschränkt, sondern nur so lange, «bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat».

Die Autorinnen und Autoren der UNO-Charta dachten mit der Formulierung «bewaffneter Angriff» in Artikel 51 ausschliesslich an das Szenario der klassischen militärischen Aggression von Land A gegen Land B. Das zeigen die Protokolle der UNO-Gründungsversammlung vom 25. April bis 26. Juni 1945 in San Francisco, auf der die 111 Artikel der UNO-Charta von Diplomaten aus 50 Staaten ausgehandelt und beschlossen wurden. Auch in den ersten 57 Jahren der Anwendung der UNO-Charta galt ausschliesslich diese Interpretation von «bewaffneter Angriff». (az)

Zur Grafik auf der nächsten Doppelseite

Blauhelm-Missionen waren in der UNO-Charta gar nicht vorgesehen

Die «Bewahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit» ist laut UNO-Charta eine der zentralen, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe der Weltorganisation. Doch zu keinem Zeitpunkt seit ihrer Gründung haben die Mitgliedstaaten auch die ausreichenden zivilen wie militärischen Mittel und Instrumente zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung gestellt. In den ersten 45 Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges fiel dieses Defizit weniger auf. Denn es gehörte zur politischen Logik der Ost-West-Konfrontation, dass fast sämtliche Gewaltkonflikte und Verletzungen des Friedens, an denen die USA und die Sowjetunion oder auch die beiden anderen westlichen Vetomächte des Sicherheitsrats, Frankreich und Grossbritannien, in den Jahren 1945 bis 1990 beteiligt waren, für den Sicherheitsrat und damit für die gesamte UNO tabu waren.

In den übrigen Gewaltkonflikten konnten von der UNO entsandten Unterhändler in vielen Fällen erfolgreich zumindest die Vereinbarung von Waffenstillständen zwischen den Konfliktparteien vermitteln, manchmal sogar eine politische Lösung des Konflikts. 13-mal entsandte der Sicherheitsrat zwischen 1948 und 1988 Peacekeeping-Soldaten, für die sich wegen ihrer in UNO-Blau gefärbten Helme der Name ‘Blauhelme’ einbürgerte. Derartige Peacekeeping-Missionen waren in der UNO-Charta gar nicht vorgesehen.

Langandauerndes Peacekeeping

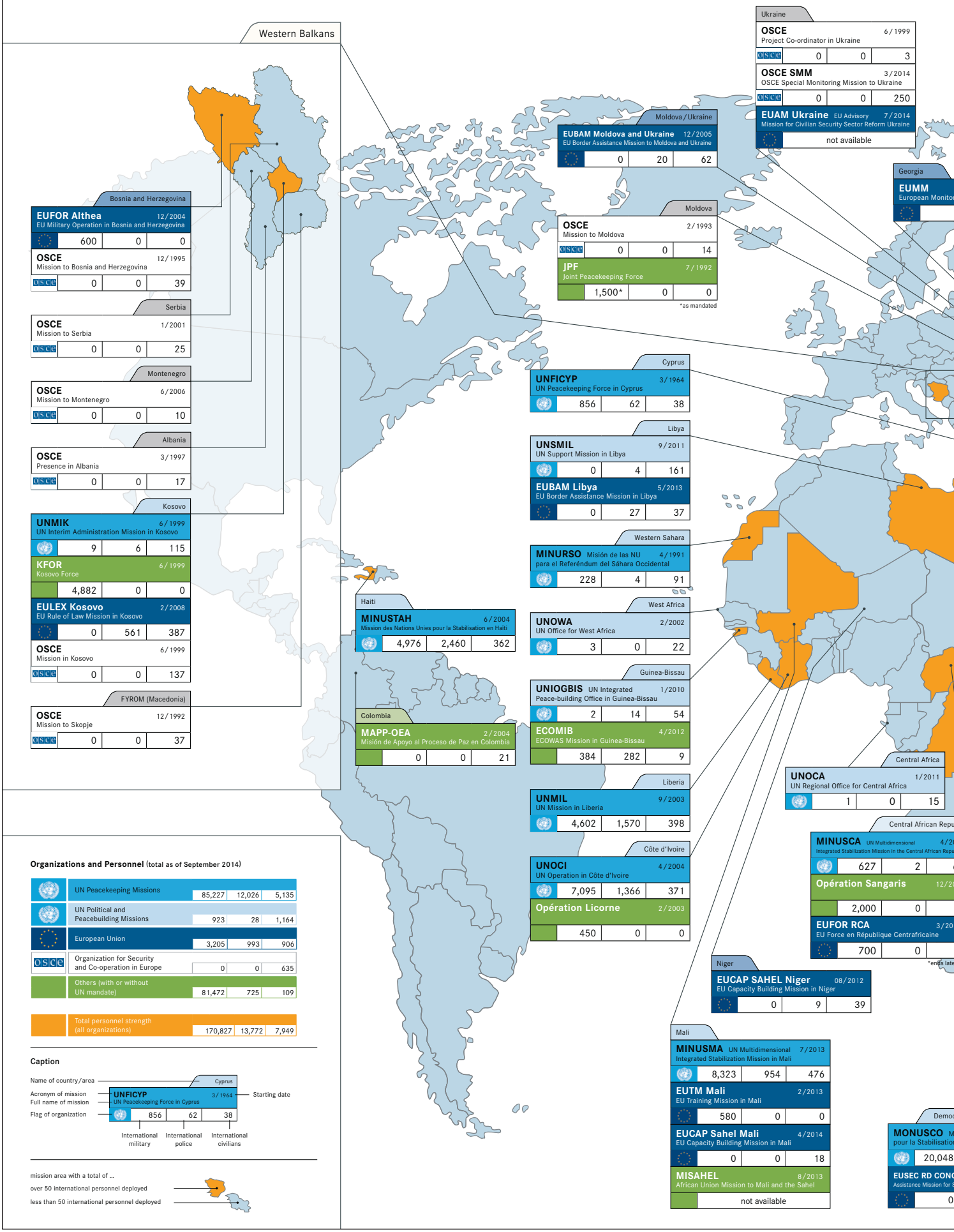
Die Voraussetzung für ihre Entsendung und ihre Einsatzregeln wurden erst nach der ersten Mission, die zur Überwachung des Waffenstillstandes zwischen Israeli und Palästinensern entsandt wurde, vom Sicherheitsrat festgelegt: Es muss ein vertraglich vereinbarter Waffenstillstand vorliegen mit einer klar definierten Waffenstillstandslinie. Beide Konfliktparteien müssen der Stationierung von UNO-Blauhelmsoldaten entlang dieser Linie vorab zustimmen. Einzige Aufgabe der Blauhelme ist es, die Einhaltung des Waffenstillstandes zu überwachen. Sie sind ausschliesslich zum Zwecke der Selbstverteidigung mit leichten Waffen ausgerüstet.

Alle 13 Peacekeeping-Missionen, die der Sicherheitsrat in den Jahren 1948 bis 1988 entsandte, waren erfolgreich beziehungsweise sind es bis heute. Denn einige dieser Missionen dauern nach wie vor an – zum Beispiel seit 1950 an der indisch-pakistanischen Grenze und seit 1974 entlang der Grünen Linie zwischen dem griechischem und dem türkischen Teil Zyperns. 1988 wurden die Peacekeeping-Missionen der UNO mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Damit endete auch die Erfolgsgeschichte. (az)

Karte der weltweiten UNO-Einsätze

Die Übersicht auf den nächsten zwei Seiten zeigt alle aktuellen weltweiten UNO-Friedenseinsätze. Eine interaktive Weltkarte zu den einzelnen Ländern findet sich unter *www.zif-berlin.org/de/analyse-und-informationen/aktuelle-informationen-zu-friedenseinsaetzen.html*

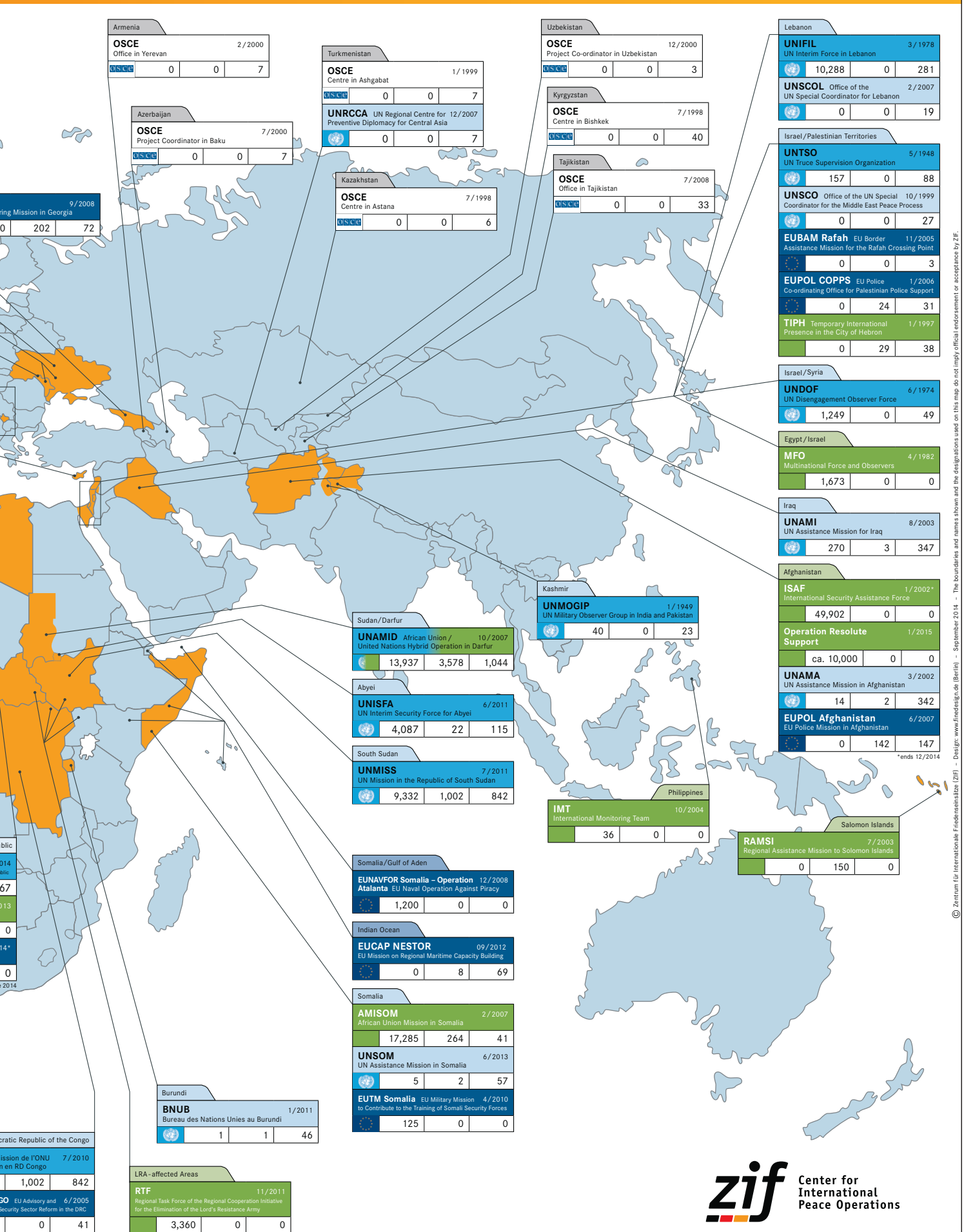
Peace Operations 2014/2015



Organizations and Personnel (total as of September 2014)

UN	UN Peacekeeping Missions	85,227	12,026	5,135
UN	UN Political and Peacebuilding Missions	923	28	1,164
EU	European Union	3,205	993	906
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe	0	0	635
	Others (with or without UN mandate)	81,472	725	109
	Total personnel strength (all organizations)	170,827	13,772	7,949

Caption


Armenia
OSCE 2/2000
Office in Yerevan
0 0 7
Azerbaijan
OSCE 7/2000
Project Coordinator in Baku
0 0 7
Turkmenistan
OSCE 1/1999
Centre in Ashgabat
0 0 7
UNRCCA UN Regional Centre for 12/2007
Preventive Diplomacy for Central Asia
0 0 7
Kazakhstan
OSCE 7/1998
Centre in Astana
0 0 6
Uzbekistan
OSCE 12/2000
Project Co-ordinator in Uzbekistan
0 0 3
Kyrgyzstan
OSCE 7/1998
Centre in Bishkek
0 0 40
Tajikistan
OSCE 7/2008
Office in Tajikistan
0 0 33
Lebanon
UNIFIL 3/1978
UN Interim Force in Lebanon
10,288 0 281
UNSCOL Office of the 2/2007
UN Special Coordinator for Lebanon
0 0 19
Israel/Palestinian Territories
UNTSO 5/1948
UN Truce Supervision Organization
157 0 88
UNSCO Office of the UN Special 10/1999
Coordinator for the Middle East Peace Process
0 0 27
EUBAM Rafah EU Border 11/2005
Assistance Mission for the Rafah Crossing Point
0 0 3
EUPOL COPPS EU Police 1/2006
Co-ordinating Office for Palestinian Police Support
0 24 31
TIPH Temporary International 1/1997
Presence in the City of Hebron
0 29 38
Israel/Syria
UNDOF 6/1974
UN Disengagement Observer Force
1,249 0 49
Egypt/Israel
MFO 4/1982
Multinational Force and Observers
1,673 0 0
Iraq
UNAMI 8/2003
UN Assistance Mission for Iraq
270 3 347
Afghanistan
ISAF 1/2002*
International Security Assistance Force
49,902 0 0
Operation Resolute Support 1/2015
ca. 10,000 0 0
UNAMA 3/2002
UN Assistance Mission in Afghanistan
14 2 342
EUPOL Afghanistan 6/2007
EU Police Mission in Afghanistan
0 142 147
*ends 12/2014
Kashmir
UNMOGIP 1/1949
UN Military Observer Group in India and Pakistan
40 0 23
Sudan/Darfur
UNAMID African Union / 10/2007
United Nations Hybrid Operation in Darfur
13,937 3,578 1,044
Abyei
UNISFA 6/2011
UN Interim Security Force for Abyei
4,087 22 115
South Sudan
UNMISS 7/2011
UN Mission in the Republic of South Sudan
9,332 1,002 842
Philippines
IMT 10/2004
International Monitoring Team
36 0 0
Salomon Islands
RAMSI 7/2003
Regional Assistance Mission to Solomon Islands
0 150 0
Somalia/Gulf of Aden
EUNAVFOR Somalia – Operation 12/2008
Atalanta EU Naval Operation Against Piracy
1,200 0 0
Indian Ocean
EUCAP NESTOR 09/2012
EU Mission on Regional Maritime Capacity Building
0 8 69
Somalia
AMISOM 2/2007
African Union Mission in Somalia
17,285 264 41
UNSOM 6/2013
UN Assistance Mission in Somalia
5 2 57
EUTM Somalia EU Military Mission 4/2010
to Contribute to the Training of Somali Security Forces
125 0 0
Burundi
BNUB 1/2011
Bureau des Nations Unies au Burundi
1 1 46
LRA-affected Areas
RTF 11/2011
Regional Task Force of the Regional Cooperation Initiative
for the Elimination of the Lord's Resistance Army
3,360 0 0
9/2008
ring Mission in Georgia
0 202 72
ratic Republic of the Congo
ission de l'ONU 7/2010
n en RD Congo
1,002 842
GO EU Advisory and 6/2005
Security Sector Reform in the DRC
0 41
© Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) – Design: www.finedesign.de (Berlin) – September 2014 – The boundaries and names shown and the designations used on this map do not imply official endorsement or acceptance by ZIF.
zif Center for International Peace Operations

Überschattete Prioritäten des Schweizer OSZE-Vorsitzes

Nach 1996 hatte die Schweiz 2014 zum zweiten Mal den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE inne. Die Leitung besteht jeweils aus einer Troika, mit dem Vorgängerland (2012 Irland, 2013 Ukraine) und der künftigen Präsidentschaft (2015 Serbien, 2016 Deutschland). Das Besondere an der zweiten Präsidentschaft war, dass die Schweiz und Serbien eine gemeinsame Kandidatur für eine aufeinander folgende Präsidentschaft eingereicht hatten, mit der sie sich zu einer besonderen Zusammenarbeit verpflichteten. Das änderte allerdings nichts daran, dass die Schweiz als Vorsitzland weitgehend die Prioritäten ihres Präsidialjahres bestimmte.

Selbstverständlich hatte die Schweiz dafür eine minutiöse Planung. Unter dem Leitmotiv «Eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen» wollte sie sichtbare Beiträge leisten zu folgenden Zielen:

1. Sicherheit und Stabilität fördern

➤ Versöhnung und Zusammenarbeit auf dem Westbalkan;
➤ Dialog und Vertrauensbildung im Südkaukasus;
➤ Modernisierung des 'Wiener Dokuments' und Austausch zur konventionellen Rüstungskontrolle;
➤ Stärkung der Gouvernanz im Sicherheitssektor.

2. Die Lebensbedingungen der Menschen verbessern

➤ Umsetzung der Verpflichtungen in der 'Menschlichen Dimension': Einbezug der Zivilgesellschaft (Privatsektor, NGO, Think Thanks, Akademie), Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Monitoring-Instrumente verstärken, Institutionen verstärken, Selbstevaluation des Vorsitzes;
➤ Sicherer Umgang mit Naturkatastrophen;
➤ Bekämpfung von transnationalen Bedrohungen: Umsetzung der Dubliner Ministererklärung von 2012 über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (inkl. Rückgabe von unrechtmässig erworbenen Vermögenswerten);
➤ Nachhaltige Wasserwirtschaft und Wasserknappheit.

Fortsetzung rechte Spalte Seite 15

Botschafter Thomas Greminger zum OSZE-Engagement für Konfliktprävention in de

Schweizer Engagement für U

Stabswechsel bei zwei wichtigen Schweizer Botschaftern: Ab Mitte dieses Jahres wechselte *Thomas Greminger*, bisher Chef der Schweizerischen Delegation bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen und den internationalen Organisationen in Wien, zur Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in Bern, wo er neu als deren Stellvertretender Direktor und Chef des Direktionsbereichs Regionale Zusammenarbeit wirkt. *Claude Wild*, bisher Chef der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) im EDA in Bern, übernahm Gremingers Job in Wien.

An der letzten Jahreskonferenz von *swisspeace* vom 12. November des vergangenen Jahres hielt Thomas Greminger eine Rede zur Konfliktprävention der OSZE unter dem Schweizer Vorsitz des letzten Jahres, die sowohl über die Bedeutung und Rolle der OSZE wie auch über deren konkrete Arbeit in der Krise um die Ukraine interessante Einblicke gibt. Bei der nachfolgenden Abschrift der in Englisch gehaltenen Rede «Resilient Societies: Alternatives for Better Conflict Prevention» handelt es sich um eine Übersetzung ins Deutsche, die die OSZE-Mission in Wien verdankenswerterweise für die FRIEDENSZEITUNG vorgenommen hat.

/ Thomas Greminger /

Gerne möchte ich Ihnen einen Abriss über das Engagement der OSZE, und im Speziellen des Schweizer Vorsitzes, während der verschiedenen Phasen der Krise in der Ukraine, von deren Beginn im November 2013 bis heute, präsentieren. Dabei gehe ich vertieft auf die von der OSZE angewandten Instrumente und Mechanismen zum Krisenmanagement ein. Mein Beitrag soll die Bedeutung dreier Faktoren hervorheben, welche die Handlungsfähigkeit der OSZE in Bezug auf die Nutzung dieser Instrumente generell stark beeinflussen:

➤ Die Haltung des Gastlands und dessen Zustimmung zur Anwendung von Konfliktpräventionsinstrumenten der OSZE;
➤ das Interesse, welches von den Hauptakteuren (Russische Föderation, USA, EU) ausgeht, und die Notwendigkeit, Konsens unter allen Teilnehmerstaaten zu erreichen; und
➤ die durch den Vorsitz gezeigte Initiative.

Wie meine Präsentation aufzeigen wird, haben sich die genannten Faktoren im Laufe der Krise verändert. Nachfolgend werden vier Phasen des Konfliktmanagements unterschieden:

Phase I: November/Dezember 2013
Phase II: Januar/Februar 2014
Phase III: März bis August 2014
Phase IV: ab September 2014

Phase I: November/Dezember 2013

Zu Beginn der Krise im November 2013 waren die Bedingungen für die OSZE, ihre Instrumente in der Ukraine einzusetzen, alles andere als ideal: Die Feldpräsenz der OSZE in der Ukraine war bescheiden und bestand lediglich aus einem Projektkoordinator, dessen Mandat keine politische Berichterstattung und demzufolge auch keine Frühwarnfunktion vorsah. Des Weiteren mussten alle Projekte einzeln von den ukrainischen Behörden genehmigt werden. Schliesslich wurde die OSZE zu jener Zeit von der Ukraine präsidiert, deren damalige Regierung unter Präsident Janukowitsch bestrebt war, eine aktive Rolle der OSZE in der aufkommenden Krise zu verhindern.

Trotz dieser erschwerenden Umstände gelang es der OSZE, diverse Instrumente der Konfliktprävention und Frühwarnung einzusetzen:

kraine-Konfliktprävention



➤ Der Ständige Rat der OSZE in Wien, in welchem die 57 Teilnehmerstaaten auf Botschafterstufe vertreten sind, diente als Dialogplattform, welche alle Akteure der Krise miteinbezieht.

➤ Auch die unabhängigen Institutionen der OSZE befassten sich mit der Ukraine-Krise. Der Hochkommissar für Nationale Minderheiten (HCNM) publizierte schon im August 2013 einen Bericht über die Krim, auf welchen sich die neu ernannte Hochkommissarin Astrid Thors während des Ministerrats im Dezember 2013 in Kiew bezog. Sie wies frühzeitig auf Sensibilitäten im Bereich der Sprachgesetzgebung und in Bezug auf die nationale Einheit hin. Als am 28./29. November 2013 Journalisten während ihrer Berichterstattung über die Vorkommnisse in Kiew angegriffen wurden, forderte die OSZE-Medienbeauftragte Dunja Mijatovic alle Seiten auf, die Medienfreiheit zu respektieren und Journalisten zu schützen.

➤ Der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, gab gestützt auf Einschätzungen des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) des OSZE-Sekretariats Stellungnahmen ab, welche auch die Funktion einer Frühwarnung hatten.

➤ Auch die Schweiz in ihrer Rolle als damaliger «incoming chair» und Mitglied der Troika 2013 appellierte mehrmals öffentlich an die ukrainische Regierung und die Sicherheitskräfte, die Versammlungsfreiheit friedlich demonstrierender Menschen zu respektieren und den Dialog zu suchen.

Nicht ganz überraschend schwieg der ukrainische Vorsitz zu dieser Zeit über die Entwicklungen im eigenen Land.

Phase II: Januar/Februar 2014

Am 1. Januar 2014 übernahm die Schweiz die Präsidentschaft der OSZE. Dies ist insofern wichtig anzumerken, als die OSZE eine Organisation ist, deren Geschicke stark durch den jeweiligen Vorsitzstaat gelenkt werden, da dieser die Möglichkeit hat, eigene Initiativen einzubringen und inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Die Schweiz hat während ihrer Präsidentschaft 2014 gezeigt, dass sie politische Führung übernehmen und die OSZE als Dialogforum und operationelle Akteurin im Krisenmanagement in Szene setzen kann. Dies wurde etwa deutlich mit dem Auftritt des OSZE-Vorsitzenden vor dem UNO-Sicherheitsrat am 25. Februar 2014, als der Bundespräsident und Aussenminister der Schweiz, Didier Burkhalter, die ihm gebotene Plattform nutzte, um drei Ideen zum Umgang mit der Ukraine-Krise zu präsentieren:

➤ Die Errichtung einer OSZE-Beobachtermission in der Ukraine.

➤ Die Gründung einer Kontaktgruppe mit den Hauptakteuren, einschliesslich der Ukraine und der Russischen Föderation.

➤ Die Nominierung eines Sonderbeauftragten des OSZE-Vorsitzenden für die Ukraine.

Diese drei Ideen konnten später auch umgesetzt werden. Allerdings war dies erst möglich, als der damalige Präsident Janukowitsch am 21. Februar 2014 das Land quasi über Nacht verlassen hatte und die Ukraine ihre Politik und Haltung gegenüber der OSZE radikal änderte. Vor dem Abgang von Janukowitsch erliess die OSZE vergeblich Frühwarnungen und versuchte, bereits frühzeitig zu intervenieren. Die Angebote der OSZE zur Verminderung der Spannungen zwischen den Gegnern wurden aber von den ukrainischen Behörden sowie wichtigen Akteuren wie der EU und der Russischen Föderation nicht ergriffen. Das ergebnislose Treffen zwischen dem OSZE-Vorsitzenden Burkhalter und dem damaligen Präsidenten Janukowitsch bei den Olympischen Winterspielen von

Fortsetzung Seite 16

3. Handlungsfähigkeit der OSZE stärken

➤ Weiterentwicklung der OSZE («Helsinki +40»);

➤ Erhöhung der Mediationskapazitäten;

➤ Verstärkter Einbezug der Zivilgesellschaft, insbesondere auch der Jugend.

Allerdings wurden diese geplanten Prioritäten überschattet und teilweise durcheinander gebracht durch den Ukraine-Konflikt, der ungewollt zum Haupt-Schwergewicht des Schweizer Präsidialjahres wurde und nicht nur Bundespräsident Didier Burkhalter als OSZE-Vorsitzenden stark gefordert hat, sondern auch den ganzen Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des EDA, die mit der OSZE befasst waren. (rt)

Die OSZE engagiert sich in drei Bereichen:

➤ *Politisch-militärische Dimension:* Dazu gehören Rüstungskontrolle und Grenzschutz, Bekämpfung von grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Terrorismus, Konfliktverhütung und -lösung, Verteidigungsreformen und Polizeiaufgaben.

➤ *Wirtschafts- und Umweltdimension*: Förderung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Entwicklung, verantwortungsvolle Regierungsführung sowie nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen und ihre gemeinsame Nutzung oder umweltverträgliche Entsorgung von gefährlichem und giftigem Abfall.

➤ *Menschliche Dimension:* Achtung und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Wahlvorbereitung und -beobachtung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Medienfreiheit, Minderheitenrechte, Schutz vor Diskriminierung und Menschenhandel oder Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Beiträge zu weiteren Aspekten des Schweizer OSZE-Präsidialjahres

FRIEDENSZEITUNG 9, Juni 2014: Analyse von Christian Nünlist vom Center for Security Studies an der ETH Zürich zur Krise der Rüstungskontrolle in Europa (zur 1. OSZE-Dimension) und Beitrag von Ruedi Tobler zur zunehmenden Ethnisierung des Stimmrechts in der Schweiz, eine Vertiefung zu den NGO-Beiträgen zur Selbstevaluation der Schweiz (zur 3. OSZE-Dimension).

FRIEDENSZEITUNG 10, September 2014: Ausführliche Analyse von Jürgen Kräftner (Longo maï) und Cécile Druey (Swisspeace) zu den Folgen des Maidan-Aufstandes, ergänzt durch eine 'Road-Map für die Ukraine' von Andreas Buro und Karl Grobe von der Bonner Kooperation für den Frieden.

FRIEDENSZEITUNG 11, Dezember 2014: Erste Bilanz von Matthias Hui, Koordinator der NGO-Arbeitsgruppe zur OSZE, zum OSZE-Vorsitz der Schweiz aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen.

Fortsetzung von Seite 15

Sotschi ist ein gutes Beispiel für die anfänglich vergeblichen Anstrengungen der OSZE.

Phase III: März bis August 2014

Mit dem Regierungswechsel und der dramatischen Eskalation der Krise wurde das Potenzial des OSZE-Instrumentariums in der Ukraine wie auch auf internationaler Ebene deutlicher wahrgenommen. Nach der illegalen Annexion der Autonomen Republik Krim durch die Russische Föderation im März 2014 und der sich verstärkenden Destabilisierung der Ostukraine bat die Führung in Kiew die OSZE um Hilfe. Die Aneignung der Krim stellte einen Schlüsselmoment für die OSZE insgesamt dar, weil dadurch Kernprinzipien der Organisation – insbesondere die Souveränität und territoriale Integrität aller Teilnehmerstaaten – in grober Weise verletzt wurden. Gleichzeitig bot sich die OSZE als Dialogplattform an und etablierte sich damit als wichtigste internationale Organisation im Rahmen der Ukraine-Krise.

In dieser Phase konnten auf Initiative des Schweizer Vorsitzes und mit Zustimmung des betroffenen Staates eine Reihe von Instrumenten des Konfliktmanagements eingesetzt werden:

➤ Am 24. Februar ernannte der OSZE-Vorsitzende den Schweizer Botschafter Tim Guldimann zu seinem persönlichen Gesandten für die Ukraine. Botschafter Guldimann sollte einen Dialog zwischen den Hauptakteuren auf höchster Ebene ermöglichen und damit einen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten.



➤ Am 20. März startete die OSZE mithilfe ihres Büros in Kiew ein nationales Dialogprojekt, welches ein wichtiger Wegbereiter für spätere Anstrengungen in diesem Bereich wurde.

➤ Am 21. März wurde die Spezielle Beobachtermission in der Ukraine (SMM) vom Ständigen Rat der OSZE genehmigt und unmittelbar danach eingesetzt. Das Mandat der Mission wurde erst nach drei Wochen zäher Verhandlungen verabschiedet, wobei mehrmals Gespräche auf der Ebene von Aussenministern und sogar Präsidenten notwendig waren. Interventionen durch den Vorsitzenden Didier Burkhalter, den deutschen Aussenminister Steinmeier sowie Bundeskanzlerin Merkel waren für den Durchbruch in verschiedenen Phasen entscheidend.

Mit der SMM wurde nach über einem Jahrzehnt erstmals wieder eine OSZE-Mission lanciert. Sie erlaubte der Organisation, mit eigenen Mitarbeitenden im Konfliktgebiet präsent zu sein, die Vorkommnisse vor Ort selbst zu überprüfen und mit den verschiedenen Akteuren einen Dialog zu führen. Das Mandat der SMM umfasste folgende Aufgaben:

➤ Sammeln von Informationen und Berichterstattung über die Sicherheitslage;
– Feststellen von Tatsachen im Zusammenhang mit Ereignissen, welche Verletzungen von Grundsätzen und Prinzipien der OSZE zur Folge hatten;
➤ Überwachung und Unterstützung hinsichtlich der Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten;
➤ Förderung des Dialogs vor Ort, um Spannungen zu reduzieren und eine Normalisierung der Situation zu erreichen.

Hauptakteure wie die USA, die Russische Föderation sowie die EU zeigten von nun an grosses Interesse an der Arbeit der OSZE und gaben wichtige politische Impulse zur Nutzung diverser Instrumente und Mechanismen. Die Bemühungen auf höchster Ebene zur Deeskalation der Lage hatten eine Reihe von Treffen in diversen Formaten zur Folge:

➤ Eine Sitzung mit der Ukraine, der Russischen Föderation, den USA und der EU auf Ministerebene am 17. April in Genf führte zur Genfer Vereinbarung mit vier Vorschlägen für Massnahmen zur Entschärfung der Konfliktsituation.

➤ Zur Umsetzung der Genfer Vereinbarung besuchte der OSZE-Vorsitzende am 7. Mai Präsident Putin in Moskau. In den darauffolgenden Tagen konnte der Schweizer Vorsitz einen breit konsultierten Plan zur Deeskalation der Lage präsentieren. Die meisten im Schweizer Vorschlag enthaltenen Elemente spiegelten sich im Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Poroschenko. Am 6. Juni organisierte der französische Präsident Hollande ein Treffen mit seinen Amtskollegen aus der Ukraine, Deutschland und der Russischen Föderation (sogenanntes Normandie-Format).

➤ Die Minister dieses Normandie-Formats trafen sich am 2. Juli in Berlin und gaben die «Berliner Erklärung» ab.

Diese Treffen sowie diplomatische Gespräche in Wien und anderen Hauptstädten führten zu konkreten Massnahmen zur Deeskalierung der Lage:

➤ Am 14. Mai starteten die ukrainische Behörden eine Reihe von sogenannten runden Tischen der nationalen Einheit, welche von Botschafter Wolfgang Ischinger, Sonderbeauftragter des OSZE-Vorsitzenden, sowie dem Mediationsteam des KVZ unterstützt wurden.

➤ Am 25. Mai führten das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und die Parlamentarische Versammlung der OSZE bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine die bisher grösste Wahlbeobachtungsmission durch. Dieses international anerkannte Instrument zur Förderung von Rechtstaatlichkeit trug wesentlich zur Stabilisierung der Lage bei.

➤ Im Anschluss an die Sitzung vom 6. Juni im Rahmen des Normandie-Formats rief der ukrainische Präsident Poroschenko die Trilaterale Kontaktgruppe (TKG) ins Leben, welche aus je einem Vertreter der ukrainischen und russischen Behörden sowie des OSZE-Vorsitzes besteht. Letztere wurde von Botschafterin Heidi Tagliavini repräsentiert, welche am 8. Juni zur Sonderbeauftragten des amtierenden OSZE-Vorsitzenden Didier Burkhalter ernannt wurde. Die Kontaktgruppe erwies sich schon bald als relevantes Dialogforum, zumal einzig hier direkte Verhandlungen mit den Separatisten aus der Ostukraine möglich waren. Als nützlich erwies sich die Kontaktgruppe erstmals im Zusammenhang mit dem Abschuss von Flug MH-17, als mit ihrer Hilfe internationalen Ermittlern der Zugang zur Absturzstelle erleichtert werden konnte. Die SMM und deren stellvertretenden Leiter Alexander Hug leisteten ergänzende Unterstützung vor Ort.

➤ Am 24. Juli beschloss der Ständige Rat der OSZE den Einsatz einer durch die Berliner Erklärung ins Leben gerufenen und als vertrauensbildende Massnahme gedachten Grenzüberwachungsmission (BOM) an zwei Kontrollpunkten auf der russischen Seite der Grenze (Gukovo und Donetsk).

Es ist festzuhalten, dass im Zeitraum zwischen März und August 2014 auch die vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen des Wiener Dokuments häufig in Anspruch genommen wurden. Etliche Bestimmungen, insbesondere aus Kapitel 3, wurden dabei zum ersten Mal überhaupt angerufen. Die darin vorgesehenen Massnahmen halfen zumindest in einigen Fällen, Transparenz bezüglich militärischer Entwicklungen zu schaffen. Des Weiteren wurde im April vom ODIHR und der HCNM eine Mission zur Beurteilung der Menschenrechtssituation zu Ende geführt. Diese hatte ursprünglich zum Ziel, Verstösse gegen die Menschenrechte während der Proteste auf dem Maidan zu überprüfen, wurde später dann aber in eine Operation zur Beobachtung von Menschenrechtsbelangen in der Ostukraine umgewandelt.

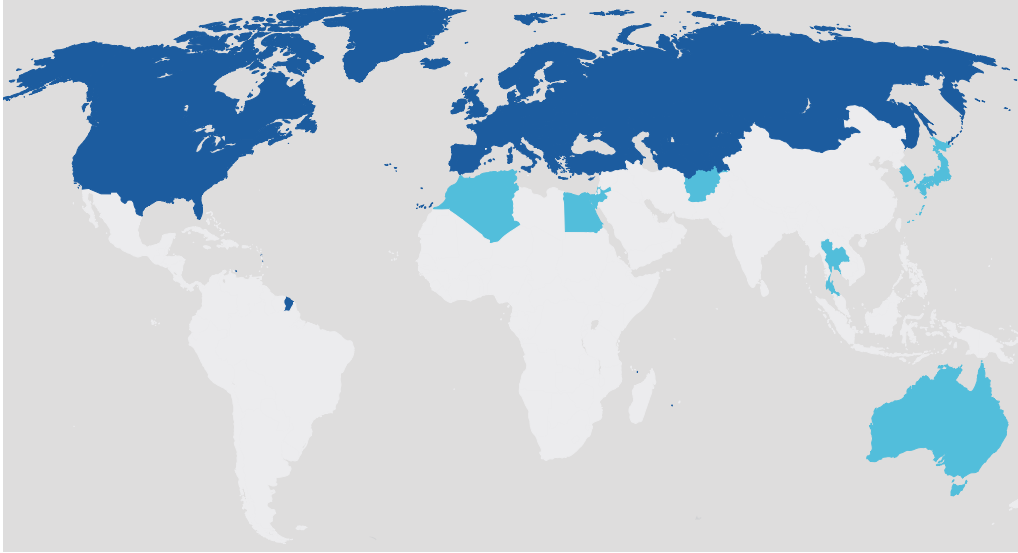
OSZE-Teilnehmerstaaten

Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern

Kooperationspartner der OSZE

Afghanistan, Australien, Ägypten, Algerien, Israel, Japan, Jordanien, Marokko, Republik Korea, Tunesien, Thailand

Die Angaben zu den Prioritäten des Schweizer OSZE-Vorsitzes haben wir den offiziellen Unterlagen entnommen. Diese sind zu finden unter: www.eda.admin.ch/eda/de/home/aktuell/dossiers/osze-vorsitz-2014.html
Informationen zur NGO-Arbeitsgruppe sind zu finden unter: www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/europa/osze/ngo-ag/
Lesenswert sind auch die Vorschläge von foraus zum OSZE-Vorsitz: www.foraus.ch/de/themen/frieden-und-sicherheit/schweizer-osze-vorsitz-2014/



Phase IV: Umsetzung des Waffenstillstands und des Friedensabkommens, ab September 2014

Die Trilaterale Kontaktgruppe leistete einen bedeutenden Beitrag zur Ausarbeitung zweier Dokumente, welche heute allgemein als Grundlage für eine friedliche Lösung des Konflikts betrachtet werden: das Minsker Protokoll vom 5. September sowie das Minsker Memorandum vom 19. September 2014. Beide Vereinbarungen wurden bilateral zwischen den ukrainischen und russischen Gesprächspartnern ausgearbeitet und anschliessend durch die Kontaktgruppe und die Separatistenführer mitunterzeichnet.

Das Protokoll von Minsk ist eine besondere Mischung zwischen einer Waffenruhe und einem Friedensabkommen, enthält aber keine Umsetzungsklauseln. Das Minsker Memorandum beinhaltet Bestimmungen zur konkreten Umsetzung eines spezifischen Aspekts des Protokolls, nämlich des Waffenstillstands. Die Minsker Dokumente weisen der OSZE neue Aufgaben zu, einschliesslich der Überwachung der Grenze sowie des vereinbarten Nichtgebrauchs von Waffen. Dies führte zu einer wesentlichen Erweiterung der SMM und verwandelte diese de facto in eine friedenserhaltende Operation 'light'. Die Umsetzung der Minsker Dokumente ist seither zu einem Schwerpunkt des Einsatzes der OSZE in der Ukraine geworden.

Schlussfolgerungen

Zum Abschluss meines Vortrags möchte ich gerne die folgenden beiden Punkte hervorheben:

➤ Die Krise in der Ukraine bedeutete für die OSZE eine massive Verletzung einige ihrer fundamentalen Prinzipien und einen herben Rückschlag auf dem Weg zu einer Gemeinschaft kollektiver Sicherheit. Gleichzeitig machte die Ukraine-Krise deutlich, welche Relevanz die OSZE als Dialogplattform und operationelle Akteurin haben kann. Die OSZE als führende internationale Organisation vor Ort hat gezeigt, dass sie zur Deeskalation und Stabilisierung beitragen kann, indem sie hilft, Brücken zu bauen.

Insgesamt konnte der Schweizer Vorsitz in diesem Jahr die Nützlichkeit der OSZE als Dialogplattform zum Abbau von Spannungen zwischen Ost und West sichtbar machen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die OSZE die einzige regionale Sicherheitsorganisation ist, welcher sowohl westliche Staaten als auch die Russische Föderation angehören.

➤ Zweitens hat die Ukraine-Krise deutlich gemacht, über welch vielfältige Instrumente zur Konfliktprävention die OSZE verfügt. Die Anwendung und Wirksamkeit dieser Instrumente ist dabei von einer Reihe von Faktoren abhängig. Während gewisse Instrumente ohne Einwilligung des betroffenen Staates vor allem durch die unabhängigen Institutionen der OSZE genutzt werden können, ist für die Wirksamkeit der meisten eingesetzten Instrumente eine kooperative Haltung des Gastlands entscheidend. Zusätzlich können die Initiative und Kreativität des Vorsitzstaates eine wichtige Rolle spielen. Zuletzt – und nicht ganz überraschend – ist politischer Wille der beteiligten Hauptakteure unabdingbar.

Die Waffenausfuhrstatistik 2014

Land	Wert Fr.	Land	Wert Fr.	Land	Wert Fr.
Deutschland	186'998'667	Kanada	1'746'260	Kenia	112'544
Indonesien	121'472'890	Singapur	1'261'443	Irland	100'711
Italien	49'369'822	Südafrika	1'225'474	Kroatien	72'424
USA	34'637'145	Chile	1'156'300	Kuwait	66'475
Grossbritannien	20'862'040	Polen	1'111'812	Neuseeland	66'439
Frankreich	20'711'621	Oman	1'100'997	Litauen	64'740
Arabische Emirate	14'099'018	Malaysia	1'061'565	Hongkong	41'839
Bahrein	14'063'090	Libanon	954'432	Rumänien	34'284
Brasilien	12'672'757	Japan	590'850	Kosovo	33'500
Schweden	12'468'364	Kasachstan	562'300	Ecuador	14'467
Spanien	7'734'502	Tunesien	544'689	Ukraine	10'994
Dänemark	7'053'691	Tschechien	543'884	Franz. Polynesien	10'136
Belgien	5'679'820	Russland	536'172	Slowakei	9'017
Norwegen	5'550'055	Jordanien	402'589	Bermuda	8'593
Österreich	5'307'147	Macau	388'189	Portugal	6'408
Niederlande	4'472'478	Paraguay	381'860	Island	5'471
Türkei	3'893'220	Brunei	366'822	Lettland	4'532
Saudi-Arabien	3'859'100	Thailand	229'500	Georgien	4'185
Bulgarien	3'156'502	Katar	226'240	Vietnam	3'071
Ungarn	2'667'626	Australien	219'400	Niederl. Antillen	800
Pakistan	2'366'668	Luxemburg	213'373	Slowenien	185
Indien	2'189'224	Estland	194'532	Mauretanien	10
Griechenland	2'056'686	Malta	161'863		*Seco*
Südkorea	2'045'227	Israel	126'066		
Finnland	2'017'172	Bosnien und Herzeg.	118'831	**Total 72 Länder**	**563'500'800**

Wenig Waffenhandelstransparenz

Im November 2013 hatte das SECO erstmals Zahlen zur Ausfuhr der «besonderen militärischen Güter» veröffentlicht, die nicht in der Waffenausfuhrstatistik erfasst sind und oft mehr Exporte als diese selbst ausweisen. Allerdings lautet die Überschrift der Statistik zweideutig: «Bewilligungen und Ausfuhren von ML Gütern». In den Erläuterungen zu den ML-Statistiken heisst es u.a.: «Im Zolltarif besteht keine Aufschlüsselung über besondere militärische Güter; daher können keine Daten über die tatsächlich ausgeführten Güter erhoben werden. In den Statistiken können Geschäfte mehrfach auftreten, da Bewilligungen gemäss Güterkontrollverordnung nur ein Jahr gültig sind und nach einer einmaligen Verlängerung von 6 Monaten neu erteilt werden müssen (Neuausstellung).»

Unsere nebenstehende Aufstellung der Gesamtzahlen für die Ausfuhr von Kriegsmaterial (KM) und besonderen militärischen Güter (ML) seit 2006 zeigt riesige Sprünge. Die 'Spitze' 2011 und 2012 ist zurückzuführen auf grosse Geschäfte der Pilatus-Flugzeugwerke; sie machten 2011 über 900 Millionen Franken aus (Indien 530 Mio., Katar 280 Mio., Botswana über 46 Mio.) und 2012 gar über 2,2 Milliarden (Saudiarabien über 1 Mia., Katar 600 Mio., Indien 530 Mio.). Wieviel davon geliefert worden ist, verschweigt die Statistik.

2014 stand bei den bewilligten Ausfuhrgesuchen für besondere militärische Güter 2014 Katar erster Stelle an mit über 345 Millionen Franken für militärische Drohnen und deren Software. An zweiter Stelle Indien mit über 242 Millionen Franken, mehrheitlich wohl ebenfalls für militärische Drohnen und Software. Bereits an dritter Stelle kommt Russland mit über 90 Millionen Franken. Dann kommen wohl wieder Pilatus-Bewilligungen, an 4. Stelle Jordanien (65 Mio.), an 5. Malaysia (über 48 Mio.), an 6. Thailand (20 Mio.). Auch da wäre es interessant zu wissen, welche Geschäfte tatsächlich stattgefunden haben. Wäre da nicht ein parlamentarischer Vorstoss überfällig? (rt)

Statistik Kriegsmaterial und besondere militärische Güter

Jahr	KM	ML	Total
2006	397'611'423	231'326'053	**628'937'476**
2007	464'482'098	493'035'484	**957'517'582**
2008	721'968'433	338'163'361	**1'060'131'794**
2009	727'722'790	228'328'366	**956'051'156**
2010	640'498'611	198'349'995	**838'848'606**
2011	872'684'995	1'104'728'925	**1'977'413'920**
2012	700'420'664	2'408'077'896	**3'108'498'560**
2013	461'192'174	405'270'501	**866'462'675**
2014	563'500'800	887'665'453	**1'451'166'253**

Auszug aus dem Kleinwaffen-Jahrbuch «Small Arms Survey» 2014

Die Nachverfolgung von Waffen im Sudan

«Eine bis anhin missglückte Trennung» hiess ein Beitrag in der ersten Ausgabe der FRIEDENSZEITUNG vom Juni 2012 über die Grenzkonflikte zwischen Sudan und Südsudan. Inzwischen bekämpfen sich auch noch die militärischen Fraktionen im jungen 'Staat' Südsudan. Das in Genf herausgegebene Kleinwaffen-Jahrbuch «Small Arms Survey» beleuchtet in seiner neusten Ausgabe die Wege der Bewaffnung der sich bekämpfenden Akteure.

/ Small Arms Survey 2014 /

Trotz mehrerer Friedensabkommen werden die Kämpfe zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Streitkräften im Sudan und Südsudan weiter fortgesetzt. Ende 2013 waren bei heftigen Aufständen im Südsudan eine Reihe regierungsfeindlicher Milizen beteiligt; inzwischen kämpfen Ableger der sudanesischen Befreiungsbewegung-Nord (Sudan People's Liberation Movement-North SPLM-N) in Rebellionen an zwei Fronten in den sudanesischen Staaten Süd-Kordofan und Blauer Nil, und der Darfur-Konflikt findet kein Ende.

Um die Arten, Herkünfte und Lieferketten von Waffen und Munition an nicht-staatliche bewaffnete Gruppen zu beleuchten, haben wir für den Sudan und Südsudan im Jahr 2011 den 'Arms and Ammunition Tracing Desk' ins Leben gerufen. Das Projekt baut auf Verfahren auf, dessen Wegbereiter die Untersuchungen von UNO-Gremien für Embargos waren. Sie wurden angepasst, indem ein mehrstufiges Verfahren zur Identifikation, Kartografierung und Verifizierung (Nachverfolgung) Anwendung findet.

Die meisten Waffen wurden von Sudans Armee im Kampf erbeutet

Während es im Sudan und Südsudan eine Fülle an veralteten Waffen aus der Bürgerkriegszeit gibt, von denen viele aus ehemaligen Ostblockländern stammen, konzentrieren wir uns hier aber mehr auf Waffen jüngerer Produktion, einschliesslich Waffen und Munition, die in China und im Iran hergestellt wurden, aber auch im Sudan. Die grosse Mehrzahl der dokumentierten, in Händen von Rebellengruppen befindlichen Waffen stammt aus den Lagerbeständen der Streitkräfte des Sudan, der Sudan Armed Forces (SAF).

In Felduntersuchungen im Sudan und Südsudan ist festgestellt worden, dass es viele verschiedene chinesische Waffen gibt, darunter Sturmgewehre, Mehrzweck-Maschinengewehre und schwere Maschinengewehre, RPG-7-artige Raketenwerfer, automatische Granatwerfer, Panzerabwehrraketen, verschiedene Arten von Raketen und kleinkalibrige Munition. Bewaffnete Oppositionsgruppen in Darfur und Süd-Kordofan sowie Rebellen und Stammesmilizen im Südsudan – und auch die sudanesische Armee – sie alle hatten viele verschiedene chinesische Waffen in ihrem Besitz. Gemäss den Daten, die der UNO-Warenhandelsstatistik-Datenbank (UN-Comtrade) geliefert wurden, war China der grösste Waffenlieferant für den Sudan, mit 58 Prozent der berichteten Transfers von Handfeuerwaffen und leichten Waffen, deren Munition sowie von 'konventionellen Waffen'.

Iranische Waffen finden sich überall

Über die Jahre sind auch die militärischen Verbindungen zwischen dem Iran und dem Sudan stark gewachsen. Nach der UN-Comtrade kamen 13 Prozent der Waffenimporte in den Jahren 2001 bis 2012 aus dem Iran, nach Angaben in eigenen Waffenimportberichten aus Khartum. Dazu zählten RPG-7-artige Raketenwerfer, Antipersonen-Landminen Nr. 4, Mörser-Ladungen und -Rohre sowie Munition der Kaliber 7,62 und 12,7 mm. Zahlreiche Arten wurden in den Händen von Rebellenstreitkräften im Südsudan, in Händen der SPLM-N in Süd-Kordofan und Blauer Nil sowie bei der sudanesischen Armee beobachtet.

Der Sudan ist ein bedeutender Produzent von Waffen und Munition in Afrika geworden, und wir haben heimisch hergestellte sudanesische Waffen und Munition in beträchtlichen Mengen bei den sudanesischen Streitkräften beobachtet, bei den bewaffneten Gruppen in Darfur und Süd-Kordofan, bei den Rebellen im Südsudan und auch in mehreren anderen Konfliktzonen ausserhalb des Sudan und Südsudan. Während die regierungseigene Military Industry Corporation (MIC) behauptet, eine grosse Vielfalt an Handfeuerwaffen und Munition und auch an gepanzerten Fahrzeugen und Kampfpanzern herzustellen, hat der 'Survey' nur eine kleinere Auswahl dokumentieren können, darunter Maschinengewehre, Mörser, verschiedene Raketen und Munition für Handfeuerwaffen.

Weitergabe an Stammesmilizen

Wir haben aufgedeckt, dass nicht-staatliche bewaffnete Gruppen im Sudan und Südsudan selten ihre Waffen direkt von Staaten im Ausland beziehen, stattdessen erhalten sie Material eher von lokalen Quellen. Einige Bewaffnungen sind mit Absicht herbeigeführt worden, so im Fall der von Khartum veranlassten Bewaffnung von südlichen Rebellenkommandeuren – die wiederum Waffen an Stammesmilizen weitergegeben haben.

Nicht-staatliche bewaffnete Gruppen erbeuten auch Waffen von den staatlichen Streitkräften im Kampf. Dabei sind einige Gruppen erfolgreicher als andere. Mit nachlassender Unterstützung durch externe Akteure hat eine Koalition von Rebellen im Sudan – die Revolutionäre Front des Sudan – durch die militärischen Siege über die sudanesische Armee ein beträchtliches Waffenarsenal erhalten. In Süd-Kordofan erbeutete die SPLM-N von der sudanesischen Armee Hunderte von 1000er-Ladungen klein- bis mittelkalibriger Munition und ein Dutzend Fahrzeuge und Panzer.

Obwohl die SPLM-N im Gebiet Blauer Nil beim Erbeuten militärischer Ausrüstung etwas weniger erfolgreich war als ihr Gegenüber im Süd-Kordofan, haben auch sie beträchtliche Mengen an Waffen von der sudanesischen Armee im Kampf erbeutet. Meistens entsprechen diese Waffen nicht nur denen, die die SPLM-N in Süd-Kordofan erbeutet hat, sondern sie stimmen auch mit den Waffen überein, die von der sudanesischen Armee in Darfur übernommen wurden und die im Besitz von Süd-Milizen im Südsudan waren.

Allgemein ist daraus zu folgern, dass Waffenlagerbestände der sudanesischen Regierung die Hauptquellen militärischer Ausrüstungsgegenstände von Rebellengruppen sind.

100 Jahre Pazifistinnen der WILPF

Die WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) ist die erste pazifistische Frauenorganisation. Sie wurde 1915 mitten im Ersten Weltkrieg in Den Haag gegründet, wo sich über 1300 Frauen aus 12 Nationen trafen «in dem gleichen Bewusstsein, mit den gleichen Hoffnungen, dem einen Wunsch, dass unsere Stimme bis ans Ende der Erde dringen möge im Protest gegen diesen fürchterlichen Massenmord und gegen die Annahme, Krieg sei der einzige Weg, internationale Konflikte auszutragen» (Aletta Jacobs, Frauenrechtlerin aus den Niederlanden in ihrer Eröffnungsrede).

/ WILPF Schweiz /

Die Initiative zum Treffen ging von führenden Persönlichkeiten der internationalen Frauenstimmrechtsbewegung aus. Die Leitung hatte die amerikanische Sozialreformerin Jane Addams, die 1931 den Friedensnobelpreis erhielt. Aus diesem Friedenskongress ging die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF (englisch WILPF) hervor. Die Frauen verhandelten 20 Resolutionen, verlangten einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen und baten die neutralen Staaten um Unterstützung.

Wichtigstes Ergebnis des Kongresses war die Forderung an die Regierungen zur dauerhaften Sicherung des Friedens: Schaffung einer internationalen Schiedsbehörde, der die zukünftigen internationalen Streitigkeiten und Konflikte untergeordnet werden sollten. Damit war auch die Initialzündung für den Völkerbund gegeben, den Vorläufer der UNO. Die WILPF ist als Teil der weiblichen Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Neben dem Einsatz für Frieden ging es von Anfang an auch um den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit.

Die Forderungen von 1915 lauteten:

➤ Selbstbestimmungsrecht der Völker;
➤ eine Vereinigung der Nationen;
➤ Internationale Schiedsgerichte und Mediation bei Konflikten (neu und innovativ war z.B. der Gedanke, mittels ökonomischer Sanktionen auf einen Rechtsbrecher Druck auszuüben. Er wurde 1919 in die Völkerbunds-Charta aufgenommen und ist heute selbstverständlich geworden);
➤ eine demokratische Kontrolle der Aussenpolitik (anstatt Geheimverträge);
➤ eine allgemeine und totale Abrüstung;
➤ Massnahmen zur Beendigung des Krieges (eine Frauendelegation bereiste nach der Gründung 14 Länder, unter anderen auch die Schweiz, um für ihre Vorschläge zu werben – die internationale Presse bedachte diese Aktivitäten mit Spott und Hohn);
➤ Gleichberechtigung der Geschlechter, Rassen und Konfessionen (z.B. Frauenstimm- und Wahlrecht).

Gründung der Schweizer Sektion

Der zweite Kongress fand 1919 in Zürich statt. 1926 zählte die WILPF etwa 50'000 Mitglieder und war in 40 Ländern vertreten. Sie gilt als die bedeutendste pazifistische Frauenorganisation der Zwischenkriegszeit. Die Schweizer Sektion der WILPF gibt es ebenfalls seit 1915. Sie zählte anfänglich vier, 1934 bereits 14 Ortsgruppen mit total etwa 600 Mitgliedern. Während des Zweiten Weltkriegs begannen sich ihre Reihen aber zu lichten, 1941 gab es noch sieben Gruppen.

Führende Persönlichkeit war Clara Ragaz, Präsidentin der Schweizer Sektion von 1915 bis 1946, internationale Präsidentin auch während des Zweiten Weltkrieges. Clara Ragaz gehörte, zusammen mit ihrem Mann Leonhard, der religiös-sozialen Bewegung an. Sie war übrigens Ende 1945 auch eine der wichtigsten Initiantinnen zur Gründung des Schweizerischen Friedensrates.



Clara Ragaz

WILPF und Schweizer Geschichte

Die Akten der Schweizer Sektion, die im Sozialarchiv aufbewahrt werden, spiegeln ein Stück Schweizer Geschichte. Hier einige Beispiele aus der 'Frühgeschichte':

➤ 15. März 1921: Eingabe zugunsten der Schaffung eines Zivildienstes an den Bundesrat, 1922 nachgedoppelt durch eine Petition mit 40'000 Unterschriften an die Bundesversammlung.
➤ 1932/33: Unterschriftensammlung für eine allgemeine und totale Abrüstung: Dem Völkerbundsrat werden 12 Millionen Unterschriften überreicht, davon 6 Millionen von der WILPF (311'000 von der Schweizer Sektion, obwohl die Sammlung von Presse, Parteien und Kirchen mehrheitlich bekämpft wurde).
➤ 1932: Brief der WILPF an den Bundesrat aus Protest gegen den Einsatz der Armee bei der Arbeiterdemonstration in Genf, wo 12 Demonstrierende getötet und über 60 verletzt wurden.
➤ 1938: Schreiben an Bundesrat Baumann aus Protest gegen die Einführung des Judenstempels.
➤ 1938-45 Kampf für Abrüstung, Presse- und Redefreiheit, Aufnahme von Flüchtlingen, ab 1943 Überlegungen zu einer Friedensordnung nach dem Krieg.

Die WILPF und die UNO

Während die WILPF International bei der UNO und in vielen einzelnen Ländern durchgehend eine grosse Rolle spielt, ist die Schweizer Sektion zweimal aufgelöst, aber jeweils bald von jüngeren Frauen wiedergegründet worden.

Als nichtstaatliche Organisation (NGO) ist die WILPF mit beratendem Status bei der UNO und ihren Unterorganisationen in Genf, New York, Paris und Rom akkreditiert. Sie betreibt intensives Lobbying für Abrüstung, Frauen- und Menschenrechtsanliegen. Die internationalen WILPF-Büros in Genf und New

York koordinieren die Arbeit der 30 Sektionen weltweit.

Grosse Frauenfriedenskonferenz

«Women's power to stop war», so heisst die weltweite Jubiläumsbewegung der WILPF. Höhepunkte des 100-jährigen Jubiläums sind der WILPF-interne ordentliche Kongress vom 22.-25. April 2015 sowie eine grosse Frauen-Friedenskonferenz vom 27.- 29. April 2015. Beide finden am Gründungsort in Den Haag statt. Am Kongress werden die Delegierten aller Sektionen unter anderem ein Manifest verabschieden, das in den Sektionen monatelang diskutiert worden ist.

An der Friedenskonferenz, die allen offen steht, wird eine Friedensagenda für das 21. Jahrhundert diskutiert und erstellt. Im World Forum gibt es fünf Grossveranstaltungen mit prominenten Referentinnen. Daneben finden 40 Seminare und Gesprächsrunden statt, wo die vielen eingeladenen Grassroot-Arbeiterinnen, Forscherinnen und internationalen Friedensorganisationen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen. Teilnehmer sind u.a. Swisspeace und Nobel Women's Initiative.



Ein 'Marktplatz' und ein 'Creative Corner' stehen zur Verfügung für die Präsentation von Kreationen aller Art und Verkauf von Kunsthandwerk von allen Kontinenten. Eine Ausstellung zeigt Bilder und Dokumente von 100 Jahren internationaler Friedensarbeit. Geplant ist auch eine öffentliche Manifestation zum Thema Militärausgaben. Der 100. Geburtstag wird am 28. April, am Abend des Gründungstags, mit Musik, Theater und Tanz gefeiert.

www.wilpfschweiz.ch
www.peacewomen.org
www.womenstopwar.org

Manual zur Gewaltprävention

Frieden ist ein Handwerk, das erlernt werden kann. Durch die konstruktive Auseinandersetzung mit Konflikten und mit einem geschärften Blick für Gewalt und Wissen über die Natur von zwischenmenschlichen Auseinandersetzungen kann jeder und jede zur Realisierung eines friedlicheren Lebens beitragen. Das Manual ***Konflikte wagen – Frieden leben*** vermittelt Pädagoginnen und Pädagogen theoretisches Wissen und praktische Fertigkeiten zur Thematik der Gewaltprävention bei Jugendlichen. Es basiert auf der Erfahrung des Vereins Friedensdorf, welcher die vorgestellten Theorien und Techniken seit vielen Jahren in interaktiven Workshops mit Jugendlichen einsetzt und damit viele Erfolge erzielen konnte.



Xenia Müller, Rahel Steger, Bruno Grünenfelder, Pascal Lottaz: **Konflikte wagen – Frieden leben.** Ein Manual zur Gewaltprävention bei Jugendlichen. Verein Friedensdorf, Broc 2014, 160 Seiten, Chemin de Bouleyres 3, 1636 Broc, 026 921 96 42, info@friedensdorf.ch (Fr. 25.50 bei Ex Libris)

Friedliche Demokratiekultur

In St. Gallen findet dieses Jahr ein Basiskurs für Menschen aus allen Kulturen statt, die an einer friedlichen Demokratiekultur interessiert sind. Ziele der Ausbildung sind die Förderung des Bewusstseins für eine friedliche Demokratiekultur und der Fähigkeit, das Leben für sich und für andere befriedigender zu gestalten. Die Ausbildung erfolgt interaktiv.

Anforderungen: Offenheit und Interesse; Kosten: 160 Franken, Vergünstigung möglich. Daten: Freitag/Samstag 29./30. Mai (Teilnahme am SUFO), Samstag, 20. Juni, Sonntag, 6. September, Samstag, 3. Oktober und Freitag, 11. Dezember 2015. Ort: meist im Solidaritätshaus St. Gallen. Ausbildungsteam: Barbara Tobler-Schällibaum, Wendelin Matawa Keller, Udaya R. Tennakoon, Thomas Hotz, Ueli Wildberger und Karl Brunner.

Auskunft und Anmeldung bis zum 15. Mai 2015 an Karl Brunner, Tel. 071 245 12 94, friwo@bluewin.ch.

CIVIVA
zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Beratungsabende in Zürich

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA führt regelmässig Beratungsabende für Dienstpflichtige zu den Themen Wehrpflicht, Zivildienst, Militär und Tauglichkeit durch. Die Anlässe sind offen für alle, beginnen jeweils am Mittwoch Abend um 19 Uhr. Mitzunehmen sind relevante Unterlagen (Marschbefehl, Verfügungen, etc.) und 20 Franken Unkostenbeitrag.

Details und Daten sind zu finden unter ***www.civiva.ch/beratung***

Selma



«Selma» behandelt die Geschichte des Marsches der Schwarzen der Grossstadt Selma in die Hauptstadt des Bundesstaates Alabama zur Wählerregistrierung. Der Film verdeutlicht die Dramatik der Unterdrückung, wie den Afroamerikanern mit allen möglichen Tricks ihr verfassungsmässig garantiertes Wahlrecht vorenthalten wurde.

/ Georg Meusel /

Es gibt nur einen Weg aus der Stadt in Richtung Montgomery, nämlich die Edmund-Pettis-Brücke über den Alabama-River. An diesem Nadelöhr versammeln sich zweimal berittene Polizisten und weisser rassistischer Mob zu einem Spiessrutenlauf für die schwarzen Demonstranten, um diese zusammenzuschlagen und zusammenzuschiessen. Die Schwarzen lassen sich nicht abschrecken. Sie wagen ihr Leben, um wählen zu dürfen.

Das Nadelöhr des Rassismus

Das erinnerte mich an eine der ersten Forderungen der Demonstranten während der friedlichen Revolution in der DDR, nachdem im Mai 1989 die Wahlfälschungen aufgedeckt und die Farce der Einheitswahlen offenkundig wurden. Doch war dies nur ein blasser Abglanz dessen, was sich die Afroamerikaner in den US-amerikanischen Südstaaten ihr Wahlrecht kosten liessen.

Ich hatte 2001 das Glück, mit dem Versöhnungsbund und dem Martin-Luther-King-Zentrum (siehe Anmerkung) an einer Studienreise auf Spuren Martin Luther Kings in den USA teilnehmen zu können. Was mich daran unter anderem besonders beeindruckte war, die Topografie des Widerstandes kennenzulernen. Dazu gehörte gerade die Edmund-Pettis-Brücke, dieses Nadelöhrs des Terrors von 1965 vor den Toren von Selma.

Ein ehrlicher Film

Der Film beschönigt nicht. Er stilisiert Martin Luther King nicht zum Idol hoch. Er zeigt, wie die Schwarzen von Selma selbst die Initiative ergriffen hatten, bevor sie King um Unterstützung baten. Er deutet den nachdenklichen, depressiven King an. Er nimmt King den Heiligenschein, indem er auf die Tatsache eingeht, wie der Pastor dem Reiz fremder Frauen erliegt und wie seine Frau Coretta darunter leidet, trotzdem zu ihm hält, und wie das FBI ihn mit dem Mitschnitt seines Bettgestöhns als Bürgerrechtler und als Mensch vernichten will.

Der Film verschweigt die Konkurrenzen im Bürgerrechtskampf nicht, indem er aufzeigt, wie sich die Studenten des SNCC dagegen empören, dass King sich etwas auf die Fahne schreiben möchte, was sie initiiert haben. Er deutet den tiefen Konflikt zwischen King und dem Vertreter der Black Panther, Malcolm X an, mit dem er lange zögert, sich zu versöhnen, als dieser ihm die Hand reichen will, und der kurz darauf ermordet wird. Ein ehrlicher Film.

«Sie verzeihen uns nicht»

Der Film zeigt an Beispielen, wie brutal Weisse gegen Schwarze vorgehen, deren Vorfahren Jahrhunderte lang als Sklaven ausgeplündert und ihrer Würde beraubt wurden, und deren Würde sie ihnen immer noch rauben und die sie noch immer zu lynchen sich das Recht herausnehmen. Auch hier kommt mir eine Parallele zur DDR-Aufarbeitung in den Sinn, wenn ich daran denke, wie 'mein' Stasiarzt mich 1993 bedroht hat, so blass diese Parallele auch im Verhältnis zu den Ereignissen in den 1960er-USA sein mag: Was aber auf beide zutrifft: «Sie verzeihen uns nicht, was sie uns angetan haben» (Wolf Biermann)

Da wird der Bombenanschlag auf eine Kirche in Birmingham gezeigt, dem vier fröhlich scherzende Mädchen zum Opfer fallen, die sich gerade in ihrem Sonntagsstaat auf die Taufe vorbereiten. Und es wird gezeigt, wie der weisse Pfarrer James Reeb erschlagen wird, der sich mit den Schwarzen solidarisiert hatte: «Du weisst, dass wir Nigger hassen, aber wen wir noch mehr hassen, das sind weisse Nigger!» Ein weisser Pfarrer liess sein Leben für schwarze Menschen, die er für seine Schwestern und Brüder hielt.

Lyndon B. Johnsons Rolle

In dem Film kommt Präsident Lyndon B. Johnson zu Unrecht nicht sehr gut weg. Während Kennedy hauptsächlich zugunsten der Schwarzen geredet und sich für King eingesetzt hat, als dieser im Gefängnis war, ohne das Recht zu haben, sich in die Justiz einzumischen, hat Johnson für die Afroamerikaner substanziell etwas getan bis hin zum ersten Bürgerrechtsgesetz seit 1954. Feindschaft zwischen ihm und King entstand erst, als der Bürgerrechtler sich als erster prominenter Amerikaner am 4. April 1967 öffentlich gegen den Vietnamkrieg aussprach. Vielleicht nicht von ungefähr wurde das Datum genau ein Jahr danach für seine Ermordung gewählt. Leider wird in dem Film nur kurz angedeutet, wie während des Mehrtagesmarsches, als die Demonstranten auf einem Fussballplatz und anderem Gelände im Freien campierten, die berühmtesten Musiker des Landes, Harry Belafonte, Mahalia Jackson, Leonhard Bernstein, Pete Seeger u.a. für sie Konzerte gaben.

Georg Meusel ist Mitarbeiter des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage in Werdau (Sachsen BRD) und versteht sich als Aufarbeitungsinitiative für DDR-Oppositionsgeschichte und als Friedensinitiative. Es knüpft an das Gedankengut der gewaltfreien Konfliktlösung von Martin Luther King an, wovon seinerzeit viel in die Friedens- und Bürgerbewegung bis hin zur friedlichen Revolution in der DDR eingeflossen ist. Das Zentrum sammelt und sichert in seinem Archiv Schriftgut, Fotos und Gegenstände als Zeugnisse von Opposition und Repression in der DDR und betreibt Zeitzeugenarbeit.

KRIEG ÄCHTEN
FRIEDEN SCHAFFEN



Foto: Bodensee-Friedensweg 2014 in Lindau

INTERNATIONALER BODENSEE-FRIEDENSWEG AM FRIEDENSUFER IN BREGENZ

OSTERMONTAG, 6. APRIL 2015, 11.00 – 16.15 Uhr

11:00 FRIEDENSWEG durch die Stadt Bregenz und entlang dem Seeufer
Treffpunkt: Bahnhofplatz Bregenz. Fahnen/Transparente mitbringen!

12:00 BEGRÜSSUNG am Symphonikerplatz (Schlechtwetter: Zelt «Freudenhaus»)
FRIEDENSPICKNICK / TEILETE am Seeufer. Die «Tankstelle» offeriert Suppe

13:00 – 15:00 BESUCH DER «FRIEDENS-INSELN» von der Hafenmole bis zum Symphonikerplatz*

1. Lindauer Kabaräh/danach German Bader, Kabarettist
2. Theater «ACT für Peace». Junge Aktive des Internationalen Versöhnungsbundes Wien
3. Kooperationsspiele für Alle. Brigitt Baumgartner, Rehetobel
4. Rüstungsbetriebe um den Bodensee. Lothar Höfler/Weltkonflikte. Andreas Zumach
5. Weltmusik mit Asylsuchenden. Projekt Romana Breier, Andi Machovec, Bregenz
6. Denkanstösse zu Existenzlohn und Saatgut. Erklärung von Bern, Gruppe Ostschweiz
7. Friedensgeschichten. Walter Frei, St. Gallen/Davorka Lovrekovic, Versöhnungsbund
8. Sing-In: Friedenslieder. Inge Spiegel, Dornbirn
9. Fairer Handel. Umweltmobil «Eine Welt» Lindau und Weltladen Bregenz
10. Kreistänze aus aller Welt. Krisztina Sachs-Szakmàry, St. Gallen

Aktion zum Thema Flüchtlinge: Festung Europa

14:00 Interreligiöses Gebet

15:15 – 16:15 SCHLUSSVERANSTALTUNG am Symphonikerplatz
Davorka Lovrekovic, Präsidentin Internat. Versöhnungsbund, Utrecht/Schöffengrund
Andreas Zumach, Uno-Korrespondent, Genf

Musikalische Umrahmung | Kollekte zur Deckung der Unkosten

*Bei Regen oder Kälte entfallen die Friedens-Inseln 1-10 sowie die Anreise per Rad.
Auskunft am Vorabend auf www.bodensee-friedensweg.org und www.friedensrat.ch.

Ostermarsch 6.4.2015

Marche de Pâques

Frieden schafft Raum –

La paix crée de l'espace –

faire de la place pour la paix

dem Frieden Raum schaffen

13.00
Auftakt *départ*
Eichholz an der Aare
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
à la gare tram 9 direction Wabern descender terminus Wabern

14.30
Schlusskundgebung *Clôture*
Münsterplatz *Place de la Collégiale*
mit *avec* Amanda Gavilanes (GSoA *GSsA*) und Ahmad Abo Alros (Kriegsdienstverweigerer aus Palästina/Syrien *objecteur de conscience de Palestine/Syrie*)

Musik *Musique* :
LOS VACIOS DE CHARLY (Cumbia, Reggae, Samba, Ska)
losvaciosdecharly.com

Feines Essen und Trinken aus dem Jura *Restauration jurasienne* lescheminsdubio.ch

ostermarschbern.ch *marchedepaques.ch*



Waffenexport-Workshop des Friedensrates am SUFO 2015

Vom 29.-30. Mai 2015 findet bereits zum 11. Mal das Sozial- und Umweltforum Ostschweiz (SUFO) in St. Gallen statt, an dem jeweils auch Dutzende von Workshops abgehalten werden. Einer davon findet am Samstag, 30. Mai von 13.45 – 15.45 Uhr im GBS-Schulhaus an der Kirchgasse 15 zum Thema «Stopp Waffengeschäfte: Kriegsmaterialexporte schüren Kriege» mit Lothar Höfler vom Verein «Keine Waffen vom Bodensee» über die Rüstungsbetriebe um den Bodensee statt, mit Meret Schneider (GSoA) über Banken, die in Rüstungskonzerne investieren sowie mit Heinrich Frei, SFR-Vorstandsmitglied über Schweizer Rüstungsexporte.

www.sufo.ch

KRIEG ÄCHTEN
FRIEDEN SCHAFFEN



INTERNATIONALER BODENSEE-FRIEDENSWEG AM FRIEDENSUFER IN BREGENZ

OSTERMONTAG. 6. APRIL 2015. 11.00 – 16.15 Uhr

FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES


FRIEDENSZEITUNG
NR. 9 MÄRZ 2014

1 Publikationen zum Beginn des Ersten Weltkrieges
6 Die Friedenskonferenz 1914 in Konstanz
8 Die Folgen des Ersten Weltkrieges in Österreich
9 Friedensdiplomatie seit Ende des Kalten Krieges
12 Das grosse Gripen-Argumentarium zum 18. Mai
16 Der grosse Marsch für Gerechtigkeit in Indien
20 Die Waffenausfuhrstatistik 2013
22 Nanotechnologie und Militär

1914 – 2014: Publikationen zum Jubiläum' des Ausbruchs des Grossen Europäischen Krieges

100 Jahre seit Beginn des Ersten Weltkrieges

In diesem Jahr jährt sich Anfang August zum 100. Male der Beginn des Ersten Weltkrieges. Unzählige Gedenkveranstaltungen in allen Ländern werden in den nächsten Monaten stattfinden, unzählige Publikationen begleiten das Erinnerungsjahr. Wir haben uns vier Darstellungen über die Vorgeschichte und den Ablauf des Grossen Krieges angeschaut und weisen auf weitere Bücher hin, die sich mit dem Ende des Krieges und seinen Folgen 1918 beschäftigen. Wir werfen einen Blick über die Grenze nach Österreich und die Folgen, die der Krieg dort zeitigte. Ausserdem beschreiben wir einen fast unbekannten Friedenskongress, der 1914 in Konstanz hätte stattfinden sollte und zur Gründung des Internationalen Versöhnungsbundes führte.

/ Peter Weishaupt /

Die grosse Ursache im Angesicht der Kleinigkeit, die sie auslöst.

Der Erste Weltkrieg war alles andere als ein Betriebsunfall der Geschichte, auch wenn sich in den Verlaufsgrafiken wohl kaum jemand vertiefen konnte, wie gross und langdauernd sich die allgemeine Schlächterei in ganz Europa von Juli 1914 bis November 1918 und von März 1916 bis November 1918 entwickeln würde. Die sich ausgerechnet an den Ländern des zusammenbrechenden osmanischen Reiches in Vorderasien, Mesopotamien und Nordafrika führten und in den ersten beiden nationalistisch gepeitschten Kriegen auf dem Balkan 1912 und 1913 gipfelten, liessen eine allgemeine Kriegsfurcht vor den sich zusammenballenden Interessenkonflikten in den Grossmächten des damals dominierten Europa und ihren überseeischen Weltreichen stark anwachsen.

Die grosse Ursache im Angesicht der Kleinigkeit, die sie auslöst.

Der Erste Weltkrieg war alles andere als ein Betriebsunfall der Geschichte, auch wenn sich in den Verlaufsgrafiken wohl kaum jemand vertiefen konnte, wie gross und langdauernd sich die allgemeine Schlächterei in ganz Europa von Juli 1914 bis November 1918 und von März 1916 bis November 1918 entwickeln würde. Die sich ausgerechnet an den Ländern des zusammenbrechenden osmanischen Reiches in Vorderasien, Mesopotamien und Nordafrika führten und in den ersten beiden nationalistisch gepeitschten Kriegen auf dem Balkan 1912 und 1913 gipfelten, liessen eine allgemeine Kriegsfurcht vor den sich zusammenballenden Interessenkonflikten in den Grossmächten des damals dominierten Europa und ihren überseeischen Weltreichen stark anwachsen.

Friedenskongress der zweiten sozialistischen Internationale zur Verhinderung des Krieges in Basel. Wir haben in der zweiten und dritten Ausgabe 2014 der Friedenszeitung im September und November 2013 über den dreitägigen Gedenkkongress im Basler Münster und den gleichzeitigen wissenschaftlichen Kongress darin berichtet und empfehlen auch vor der dem erschienenen Sammelband *Europa den Krieg – Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Folgen* (Schwabe Verlag). Darin von den Basler über den Aufstieg, die Grösse und die Grenze der damaligen Führer der Arbeiterbewegung zusammenschufen und einer europaweite Anerkennung hatte, sondern auch über die Gründung der Sozialistischen Internationale und nach dem Scheitern, der zwei Jahre später im Ausgebrochen des nationalen Taumels auf allen Seiten erfolgte.

So sind zwar zwei grundlegende Werke mit jeweils fast 900 Seiten, die aber für historische essen entstanden sind, doch konzentrieren und vor allem auf die Ereignisse in Basel und den geschichtlichen Überblick über den Zusammenhang der europäischen Grossmächte mit all ihren Bündnissen – der vierten Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Grosse Krieg, aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben, wie der amerikanische Historiker Fritz Stern schreibt, der Nazismus, der Kommunismus. Und auch der australische Historiker Christopher Clark in der Hände zu nehmen. *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* ist zwar in deutschen Sprachraum nicht unumstritten, aber sicher eine der Kaiserreich nicht nur bisher verbreitet die Hauptschuld an Ausbruch des Krieges gibt.

Eine gewisse Relativierung der deutschen Alleinschuld

Tatsächlich relativiert Clark diese Ursachen, die in der Geschichtsschreibung nach Kriegsende etabliert wurden. Dass hat aber weniger mit der Verteilung und Mitschuld am Ausbruch, Verlauf und den verbrecherischen Folgen des Krieges zu tun, sondern mehr mit einer stellt und ein für in Jahrzehnten absoluten Bösen, die militaristische, sich im Aufstieg befindende Macht- die Grossmacht, zu reduzieren und Deutschland, das Land der Dichter und Denker, das andere Kriegsgründe mehr oder weniger nachhaltig entlastet – mit all den verbrecherischen Folgen des Umgangs mit dem unterlegenen Erzfeind der Jahre später.

Denn nachweisbar ist, dass der Kaiser und seine Regierung nicht nur über das bevorstehende Attentat auf den österreichischen Thronfolger informiert waren, sondern auch über die Verbindungen, das dessen alleinige Kriegsschuld festhielt, immens hohe Reparationszahlungen verschrieb (die nach Inflation und Weltwirtschaftskrise noch bis zum 3. Oktober 2010, die vollständige Aufgabe seiner Kolonien sowie erhebliche Gebietsabtretungen

Fortsetzung nächste Seite

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die FRIEDENSZEITUNG:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

❑ Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
❑ Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis


FRIEDENSZEITUNG
NR. 7 DEZEMBER 2012

1 Iran-Atomwaffen: Historischer Durchbruch
3 Aufruf zum Atom-Disinvestment Schweizer Banken
6 Atomkonflikt: Feuer ohne sattlichen Ende
8 Moritz Leuenberger zu Lampedusa
9 Weltlage 2013: Ban Ki-moons UNO-Jahresbericht
12 Gewaltloser Widerstand in Palästina
16 Zivildienst-Aufhebung noch lange nicht abgeschlossen
18 Zwei Friedensorganisationen stellen sich vor

Zu den Chancen und Risiken der Genfer Vereinbarung über das iranische Atomprogramm

Atomproliferation: Historischer Durchbruch – gefährdet durch unheilige Allianz

Für einmal ist Wladimir Putin voll zuzustimmen. Die Genfer Vereinbarung im Streit um das iranische Atomprogramm vom 24. November 2013 in Genf weist in seinen Augen in die richtige Richtung, weil sie Teheran die Möglichkeit bietet, das von ihm selbst als legitim bezeichnete Recht auf Urananreicherung zu behalten, ohne dass es dafür Sanktionen befürchten muss. Und weil sie Teheran die Chance gibt, sich wieder in die Staatengemeinschaft einzureihen. Dass sie auch Israel und den USA entgegenkommt, ist für Putin ein Grund mehr, sie zu begrüssen.

/ Andreas Zumach, Genf /

Dieser historische Durchbruch nach Jahren zäher Verhandlungen ist das Ergebnis einer gleichermassen diplomatischen wie militärischen Eskalation, die vor allem aus Israel immer lauter wurden, war möglich, weil die USA und die EU zuvor ein Hindernis aus dem Weg geräumten hatten, das sie Anfang 2005 selbst aufgebaut hatten. Die damals auf Drängen der deutschen Aussenministers Joschka Fischer und seines britischen Kollegen Jack Straw, die Anreicherung von Uran vollständig und dauerhaft einzustellen. Diese ultimative Forderung hatte selbst eine demokratische, nachrichtlegiter und dem Iran gegenüber sehr kritisch eingestellte Regierung nicht akzeptiert. Sie wollte kompromissbereit, stärkte die Hardliner in Teheran sind verhalf Präsident Mahmud Ahmadinedschad im Juli 2005 zum Wahlsieg.

Historischer Chance, kein Fehler

Die Genfer Vereinbarung signalisierte bereits in mit Mitte dieses Jahres gehäuften geheimen Gesprächen mit Teheran einen Verzicht auf diese Forderung. Und seit der Wahl des gemässigten und zu konstruktiven Verhandlungen mit dem Westen bereiten Hassan Rohani im Juli dieses Jahres ist diese Forderung ganz vom Tisch. Rohanis Wahl wiederum verdankt sich zum Teil den gegen Iran verhängten Sanktionen, für die ein zunehmender Teil der Bevölkerung, auch grosse Teile der wirtschaftlichen Führungsetage, Akzeptanz und Verständnis verlieren, weil sie ihnen zunehmend die Lebensgrundlagen der Unternehmerung auf ein Minimum beschränkten. Mit dem in Genf vereinbarten Beschränkungen der Urananreicherung auf ein derzeit zivile Nutzungszwecke, dem Rauzupp und Rotationsverbot für den Schwerwasser-reaktor in Arak sowie den weitgehenden Inspektionsrechten für die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kann Teheran zumindest für den nächsten sechs Monaten konkrete Fortschritte bei der Entwicklung von Atomwaffen nachhaltig stören. Wie jetzt immer noch das Gegenteil behauptet und wie Israels Premierminister Benjamin Netanjahu das Abkommen als «historischen Fehler» bezeichnet hat. Netanjahu hat sich damit öffentlich-keitlich bei Netanjahu Junge, nach einer Entscheidung des Konflikts um das iranische Atomprogramm könnte sich die Aufmerksamkeit in Washington und anderen Hauptstädten auf den israelisch-palästinensischen Konflikt richten.

Die unheilige Allianz gegen das Abkommen

Mit seiner Hoffnung auf das Scheitern der Iran-Diplomatie befindet sich der israelische Regierungschef in einer unheiligen Allianz mit den saudischen Wahabiten, den wichtigsten Sponsoren und Financiers des – nach gegen Israel – gerichteten Terrorismus. Und mit Regierungen in Paris und Washington, die ebenfalls, wie möglicherweise Abkommen zwischen Teheran und der Staatengruppe P5+1 (die fünf ständigen UNO-Sicherheitsratsmitglieder und...

Fortsetzung Seite 2

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch